

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

38 (14.2.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.)
(Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.90, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Donnerstag, den 14. Februar 1952

Nr. 38

Dibelius: UN-Kommission unzweckmäßig Heftung auf Wiedervereinigung — Gegen politisierte Geistliche

Bonn (UP/epd). Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, meinte in einem Gespräch mit einem UP-Korrespondenten, daß für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ganz Deutschland einen einzigen Wahlkreis bilden müßte. Eine wirksame Kontrolle durch die UN setze deshalb bei den vielen Wahlplätzen eine Kommission von mehreren 10 000 Köpfen voraus, und das sei wohl ebenso undurchführbar wie unzweckmäßig. Es sei aber nun an der Zeit, schon im Namen der Menschlichkeit, dem derzeitigen inhaltlichen Zustand ein Ende zu machen und alles daranzusetzen, ernsthaft mit dem Osten ins Gespräch zu kommen, sagte Dibelius. Das erwarte die Ostzonenbevölkerung dringend. Nur durch ein Übereinkommen der vier Besatzungsmächte sei eine Lösung zu erreichen.

Im Hinblick auf den möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag betonte der Bischof, daß es sich dabei um eine ausgesprochen politische Angelegenheit handle, bei der sich die führenden Männer der Kirchen am besten jeglicher Stellungnahme enthalten würden. Die Bevölkerung im Osten habe nur den einen Wunsch, daß sie nicht unter einer möglichen Bewaffnung der Bundesrepublik zu leiden haben werde, und daß endlich Besprechungen in Gang kämen, die einen ernsthaften Anfang darstellen. „Ich habe aber heute immerhin schon mehr Hoffnung als vor einem Jahr, daß wir auf dem Wege zur Wiedervereinigung weiterkommen werden“, erklärte der Bischof.

Vor Bonner Studenten sagte D. Dibelius, es sei keine Freude, immer wieder leitende Männer der Kirche im politischen Schützengraben kämpfen zu sehen. Für einen Bischof gebe es andere Gräben, in denen zu stehen für ihn wichtiger sei. In der Frage des Wehrbeitrages habe niemand das Recht, eine Stellungnahme für die eine oder die andere Seite als die Stellung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu bezeichnen. Wenn aber die Staaten Europas die Zäune zwischen sich immer höher aufrichteten, dann müßten sie darauf gefaßt sein, daß einmal eine Macht komme, die sie gewaltsam einstoße.

Bundeskanzler Adenauer hatte in seinem Bonner Amtssitz eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, über die Verteidigungs- und Wehrerbau des Bundestags sowie die Möglichkeiten gesamtdeutscher Wahlen. An der Besprechung nahmen Bundesminister Kaiser sowie Dr. Heinrich von Brentano teil.

Der „Alte Fritz“ soll auf den Zollern Marburger wünschen keine Umbettung

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat ein Ersuchen des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen stattgegeben und die Überführung der sterblichen Hüllen Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms I. aus der Elisabethkirche zu Marburg in die Ergrubt des Schlosses Hohenzollern bei Hechingen erlaubt. Im Einvernehmen mit den Besatzungsmächten, der Stadt Marburg und den kirchlichen Behörden wird die Überführung Friedrich Wilhelms I. und seines Sohnes in Kürze in aller Stille vorgenommen.

Dieser Beschluß der Bundesregierung hat in der evangelischen Elisabeth-Gemeinde in Marburg Verwunderung hervorgerufen, da die Regierung bisher keinen Vertreter der Gemeinde, in deren Obhut sich die Särge schon seit mehreren Jahren befinden, angehört hat. Von Angehörigen der Gemeinde wird darauf hingewiesen, daß die Preußenkönige wohl kaum würdigere Ruhestätten als neben der heiligen Elisabeth, der vielleicht „demütigsten Fürstin“, finden könnten. Außer den beiden Preußenkönigen wurden im August 1946 auch Paul von Hindenburg und seine Frau in der Elisabethkirche in Marburg beigesetzt.

Kollaborateure werden gewarnt

Wien (UP). Im österreichischen Parlament forderten fünf sozialistische Abgeordnete die Regierung auf, jeden, der mit den Besatzungsmächten „kollaboriert“, nach Beendigung der Besatzung zu bestrafen. Außerdem soll die Regierung verbieten, in den beiden Besatzungszeitaltern Wiens, dem amerikanischen „Wiener Kurier“ und der sowjetischen „Österreichischen Zeitung“, zu inserieren. Diese Zeitungen sowie die sowjetische Gesellschaft „USIA“, die die deutschen Vermögenswerte verwaltet und eine Kette billiger Lebensmittel- und Bekleidungsgegenstände betreibt, belasteten stark die österreichische Wirtschaft, da keines der Unternehmen Steuern zahle. Die Österreicher, die mit diesen Unternehmen zusammenarbeiteten, machten sich der „Kollaboration“ schuldig.

Streik im belgischen Parlament

Brüssel (UP). Die sozialistischen und liberalen Abgeordneten drückten im Abgeordnetenhause der belgischen Regierung erneut ihre „Unzufriedenheit“ mit dem Fernbleiben König Baudouins von den Trauerfeierlichkeiten für König Georg VI. in London aus und verließen unter Protest den Sitzungssaal. Die Liberalen wollen vor der Beerdigung König Georgs nicht mehr an den Parlamentssitzungen teilnehmen.

Debatte um Europa-Armee

Faure will Vertrauensfrage stellen — Bidault droht mit Rücktritt

Paris (UP). Die mit aller Leidenschaft geführte Verteidigungsdebatte der französischen Nationalversammlung nähert sich ihrem Ende, ohne daß die Opposition von ihrem glatten Nein, das sie immer wieder mit ihrem tiefen Mißtrauen gegen Deutschland begründet, einen einzigen Schritt abgesehen wäre. Wie verlautet, ist Ministerpräsident Faure von seinem Kabinett ermächtigt worden, im Verlauf der Debatte die Vertrauensfrage zu stellen.

Verteidigungsminister Bidault hat gedroht, von seinem Posten zurückzutreten, falls die Versammlung gegen das Europa-Armee-Projekt stimmt. Als er gegen Abend vor die Versammlung trat, appellierte er an die Deputierten, Frankreichs Bereitschaft zu einem vereinigten Europa mit einem Ja zum Plevenplan zu dokumentieren. Frankreich stehe in einer schweren Schicksalsstunde, erklärte Bidault. Die Entscheidung, die in den Händen der Versammlung liege, sei „eine schreckliche Vollmacht“. Der Minderwertigkeitskomplex gegenüber Deutschland, der aus den Reden der Deputierten immer wieder zum Ausdruck komme, müsse endlich aus dem Wege geräumt werden. Würde sich Frankreich weigern, den Weg zur europäischen Einigung über die Europa-Armee einzuschlagen, wäre dies für die Welt der Beweis, daß Frankreich sein Selbstvertrauen verloren hat.

Expremier Pleven, der „Vater“ des Europa-Armee-Planes, erinnerte seine Kollegen daran, daß das Projekt einer vereinigten Armee schon vor 18 Monaten gebilligt worden sei. Er betonte, daß der Plan nur ein Teil des französischen Bestrebens sei, eine europäische Einheit sowohl auf militärischem wie auch politischem Gebiet zu schaffen. Pleven schlug in diesem Zusammenhang vor, nach der Lissaboner NATO-Konferenz eine europäische Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um den Weg für eine politische Integration zu bereiten.

Sozialisten wünschen Vertagung
Zwischen dem Ja der Regierungsparteien

und dem Nein der Opposition steht eine sozialistische Resolution, die eine Vertagung der Entscheidung über die Europa-Armee bis nach dem 1. Juli fordert. Die Sozialisten hoffen, daß der erste Bericht der UN-Abrüstungskommission Sowjetrußlands Bereitschaft zur Abrüstung erkennen lassen wird. Dieser Bericht ist am 1. Juli fällig.

Der MPR-Abgeordnete Pierre Henri Teilgen stellte seinen Kollegen die Frage, woher Frankreich die 50 Divisionen hernehmen solle, die es zu seiner Verteidigung brauche. Dieses Problem könne nur gelöst werden, wenn die deutschen Interessen mit denen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft verknüpft würden.

Nach 24stündiger Debatte stellte heute früh Ministerpräsident Faure die Vertrauensfrage, über die am Samstag abgestimmt werden soll. Es ist noch ungewiß, ob Faures Kompromißvorschlag angenommen wird. Kommunisten, Sozialisten und Gaullisten wollen gegen das Kabinett stimmen und verlangen, daß die Entscheidung bis 1. Juni verschoben wird.

Zurückhaltung in Bonn

Der Verlauf der Aussprache in der französischen Nationalversammlung wird in Bonn mit Zurückhaltung aufgenommen. Man will erst das Ende der dreitägigen Debatte abwarten, bevor man dazu Stellung nimmt. Als eine Sache, „über die man reden könnte“, bezeichneten Regierungskreise den Vorschlag des französischen Außenministers Schuman, die Regelung der Saarfrage aus dem allgemeinen Friedensvertrag auszuklammern und sozusagen in einem Sonderfrieden endgültig zu regeln, um damit eine Streitfrage, die geeignet sei, den Aufbau Europas zu hemmen, aus der Welt zu schaffen. Nach den in Bonn vorliegenden Informationen sei der Vorschlag Schumans so zu verstehen, daß ein solcher Sonderfriedensvertrag ohne Sowjetrußland mit den drei Westmächten abgeschlossen werden soll.

Aussichten für Viererkonferenz steigen

Adenauers Teilnahme wird am Samstag entschieden — Acheson in London

London (UP). Die Außenminister der drei Westmächte wollen sich am Samstag darüber verständigen, ob Bundeskanzler Adenauer zu ihren Deutschland-Besprechungen hinzugezogen werden soll oder nicht, wie am Mittwoch aus unterrichteten diplomatischen Kreisen der britischen Hauptstadt verlautet.

Am Wochenende beginnt in London die zweitägige Konferenz der Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens, in deren Mittelpunkt das deutsch-alliierte Vertragssystem und der Wehrbeitrag der Bundesrepublik stehen. Von britischer Seite war bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, daß einer Teilnahme des Kanzlers nichts im Wege stehen würde, wenn die Bonner Vertragsverhandlungen ein Stadium erreicht hätten, das eine Beratung der vier Regierungen möglich und notwendig mache. Inzwischen sind die drei Hochkommissare mit ihrem Zwischenbericht über das bisherige Ergebnis der Vertragsbesprechungen in London eingetroffen und werden noch vor Samstag ihren Außenministern darüber berichten.

Sollten sich die drei Außenminister gegen eine Teilnahme des Bundeskanzlers an ihren Deutschland-Beratungen entscheiden, so wird in unterrichteten Kreisen mit einer informellen Zusammenkunft Adenauers mit Acheson fest gerechnet. Eine Unterredung des Bundeskanzlers mit den anderen beiden Außenministern wird nicht für ausgeschlossen gehalten.

Politische Beobachter machen darauf aufmerksam, daß sich auch der Oberkommandierende der Atlantikpaktstreitkräfte, General Eisenhower, zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Georg VI. nach London begeben wird. Möglicherweise wird Eisenhower zugegen sein können, wenn der Bundeskanzler mit Acheson zusammentreffen sollte.

Über die Dauer des Aufenthalts Dr. Adenauers in London ist noch nichts bekannt. Sie wird nicht zuletzt von den Beschlüssen der Außenminister über eine Einladung zur Teilnahme an ihren Deutschland-Beratungen abhängen.

Auf alliierter Seite ist man sich darüber im klaren, daß die bevorstehende Lissaboner Konferenz des Atlantikpakt keine endgültigen Entscheidungen über einen deutschen Verteidigungsbeitrag bringen wird, weil die dafür erforderlichen Vertragsabschlüsse noch nicht das notwendige Stadium erreicht haben. Gleichzeitig wird von den Westmächten zugegeben, daß vor Lissabon kaum mit wesentlichen Fortschritten in diesen deutsch-alliierten Verhandlungen zu rechnen sei, wenn nicht die Außenminister mit dem Bundeskanzler eine Reihe der noch strittigen Fragen von sich aus zu lösen imstande sind.

SPD: „Durch die Hintertür“

Der SPD-Pressedienst meint, Adenauer schiene an einer Teilnahme sehr viel gelegen zu sein, da er sich zu den Begrüßungsfeierlichkeiten vorsorglich die Begleitung Staatssekretär Walter Hallsteins ausbedungen hat. Der Bundeskanzler wolle sich offenbar, sei es auch nur durch die Hintertür, trotz aller kühnen Abweiser den Zugang zum Konferenzzimmer offen halten. Nichts charakterisiere deutlicher die „wichtige Stellung“, in der sich die Bundesregierung im Zeichen der „angestrebten Partnerschaft“ befinde. Die Elie, mit der der Bundeskanzler den Einbau der Bundesrepublik in die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft betreibe, bestehe nicht auf Seiten der Westmächte.

Die Trauergäste treffen ein

Unter den ersten Trauergästen, die am Mittwoch in London eintrafen, um an der Beerdigung König Georgs VI. teilzunehmen, befand sich der ältere Bruder des Verstorbenen, der Herzog von Windsor, der ehemalige König Eduard VIII. der wegen seiner Heirat dem Thron entsagte. Er kam mit dem Ozeandampfer „Queen Mary“ aus New York und wird, wie in London amtlich mitgeteilt wurde, zusammen mit den Herzögen von Edinburgh, Gloucester und Kent an der Beerdigungsprozession teilnehmen. Er wird damit zum ersten Mal seit seiner Abdankung bei einer offiziellen Zeremonie des britischen Hofes anwesend sein.

Zahlreiche gekrönte Staatsoberhäupter oder Minister sind bereits in London eingetroffen oder werden dort erwartet: König Haakon VII. von Norwegen ist bereits in London, wo er als einer der nächsten Verwandten im Buckinghampalast abgestiegen ist. Die meisten anderen Könige wohnen im Claridge-Hotel; am Donnerstag werden König Gustaf Adolf VI. von Schweden und Königin Louise erwartet, ebenso wie König Frederick IX. von Dänemark und Königin Ingrid. Ihre Teilnahme an den Beerdigungsfeierlichkeiten haben ferner zugesagt: Königin Juliane der Niederlande und Prinz Bernhard, König Paul von Griechenland, die Großherzogin Charlotte von Luxemburg und Prinz Felix, Fürst Rainier von Monaco und König Faisal II. des Irak. Belgien wird durch Prinz Albert vertreten, der Iran durch den Bruder des Schah, Schah Pur Dholam Reza, Jordanien durch Kronprinz Hussein Talal.

Vor der Westminster Hall warteten etwa 70 000 Menschen, die von König Georg VI. Abschied nehmen wollten. Die Schlange der Wartenden war etwa drei Kilometer lang. Als die Tore der Westminster Hall am Morgen geöffnet wurden, warteten schon 20 000 Menschen, um ihren König zum letzten Mal zu sehen.

Außenhandelsbilanz ausgeglichen

Wareneinfuhr und -ausfuhr auf gleicher Höhe
Das Jahr 1952 wird zum erstenmal die Probe auf das Exempel bringen, ob die Bundesrepublik in der Lage ist, künftig ohne Hilfestellung von außen ihre Außenhandelsbilanz auszugleichen. Bislang haben bekanntlich die Zuwendungen aus den Mitteln des Marshallplans und des GARIOA-Fonds das Passivum in unserer Handelsbilanz ausgeglichen und damit die Finanzierung zusätzlicher Einfuhren ermöglicht. Ohne diese wäre der im Jahre 1951 erreichte Ernährungsstand sowie der durch Rohstoffeinfuhren angetriebene Aufschwung unserer gewerblichen Wirtschaft unmöglich gewesen.

Bekanntlich läuft der Marshallplan nunmehr jedoch aus, und aus den Fonds der MSA, des Amtes für die gegenseitige Verteidigung des Westens, fließen uns in Zukunft Mittel nur noch insoweit zu, als sie von uns für Verteidigungszwecke verwendet werden. Nun könnte man natürlich so argumentieren, daß z. B. die Sicherung unseres Bedarfs an lebensnotwendigen Nahrungsgütern am Weltmarkt die Voraussetzung für eine Verteidigungsbereitschaft schlechthin darstellt. Mit leerem Magen ließe es sich schlecht aufrüsten und noch schlechter kämpfen, denn der Aktionsradius der Gulaschkanone bestimmt noch immer den Gefechtsradius der Truppe.

Allein, wir wissen nicht, wie sich der neue Chef der MSA für Europa, Mr. Draper, auf solche Argumente einlassen wird. Wir werden daher zunächst einmal davon ausgehen haben, daß wir im Jahre 1952 eine ausgeglichene Handelsbilanz sicherstellen müssen, d. h., daß wir unsere Ernährungs- und Rohstoffeinfuhren aus dem Ertrage unserer Ausfuhr selbst bezahlen müssen.

Nach den vorläufigen Ergebnissen betrug nun der Gesamtwert unserer Einfuhren im Jahre 1951 rd. 14,7 Milliarden DM, und der der Ausfuhren 14,5 Milliarden DM. Damit erhöhte sich unsere Einfuhr um 3,3 Milliarden oder um 29 Prozent gegenüber 1950. Der Wert der Ausfuhren stieg dagegen um 6,2 Milliarden DM oder um 74 Prozent. Berücksichtigt man, daß die Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1951 höher lagen als 1950, so dürfte die Einfuhr mengenmäßig ungefähr der des Vorjahres entsprechen haben, während die Ausfuhr 1951 die von 1950 etwa um die Hälfte übertraf.

Die Außenhandelsbilanz, die im Jahre 1950 für den gesamten Außenhandel noch einen Einfuhrüberschuß von rd. 3 Milliarden DM ergeben hatte, wies 1951 nur einen solchen von 147 Millionen DM auf. Nach Abzug der Einfuhren aus Marshallplannmitteln und GARIOA-Fonds von der Gesamteinfuhr verblieb 1950 ein Importüberschuß in Höhe von 893 Millionen DM, für 1951 indessen ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1,6 Milliarden DM. Unsere Zahlungsbilanz, d. h. die Gegenüberstellung aller Forderungen und Verpflichtungen im internationalen Zahlungsverkehr der Bundesrepublik, beruht heute im wesentlichen noch immer auf den Ziffern der Handelsbilanz, d. h. der Ein- und Ausfuhren an Waren.

Andere wesentliche Erträge, wie wir sie vor dem Kriege z. B. aus unseren erheblichen Kapitalanlagen im Ausland, ferner aus den Einnahmen unserer Handelsflotte, aus den Leistungen unserer Banken, aus den Prämien unserer Versicherungsgesellschaften, aus Patenten und Lizenzen, sowie aus anderen Dienstleistungen hatten, fallen heute praktisch noch weg, da der Wiederaufbau auf diesem Gebiet noch nicht wesentlich vorangeschritten ist. Dagegen wird die Passivseite unserer Zahlungsbilanz mit der Anerkennung unserer Auslandsschulden in Zukunft durch Zinszahlungen und Rückzahlungen ebenso belastet werden wie mit offenen oder verdeckten Wiedergutmachungen (so z. B. an Israel). Wir müssen also einen so hohen Überschuß unserer Wareneinfuhr über die Wareneinfuhr erzielen, daß auch die vorstehend aufgeführten Zahlungsverpflichtungen zusätzlich gedeckt werden können.

Diese Sachlage erfordert ohne Frage eine Beschränkung unserer künftigen Nahrungs- und Genussmitteleinfuhren wie der Rohstoffzufuhren auf das unbedingt erforderliche Maß. Wenn die USA hier nicht weiter ausweichen, so gehört kaum eine Sehergabe dazu, um vorauszusagen, daß wir vermutlich auf manchen Gebieten Verzicht auf Dingen werden in Kauf nehmen müssen, die uns seit 1946 bereits wieder selbstverständlich geworden sind. Auf der anderen Seite werden wir auch, wenn wir in dem erforderlichen gewaltigen Ausmaß exportieren wollen, auf mancherlei im Inland gefertigte Konsumgüter der gewerblichen Wirtschaft verzichten müssen, um die Rohstoffe für den Bedarf des Auslandes bereitstellen zu können. Von den Einschränkungen, welche ein erhöhter Verteidigungsbeitrag von uns fordern würde, sei hier noch nicht einmal die Rede. Dr. R.

Das deutsch-österreichische Abkommen über den Bau des Donau-Kraftwerkes Jochenstein wurde in Wien paraphiert.

Gegen Fritz Seiffmann, den Ostzonen-Minister für Hüttenwesen und Bergbau, läuft ein Untersuchungsverfahren der SED wegen „Vernachlässigung der Parteifunktionen und Verzögerung der Einführung sowjetischer Arbeitsmethoden“.

Eine der reichsten Frauen der Welt Elisabeth weiß nicht, wieviel sie besitzt — Könige zahlen keine Einkommensteuer

Durch den Tod ihres Vaters ist Königin Elisabeth das Familienoberhaupt des Hauses Windsor und damit eine der reichsten Frauen der Welt geworden. Größe und Umfang ihres Privatvermögens wird aber niemand genau kennen — nicht einmal sie selbst. Die britischen Herrscher pflegen keine Einkommensteuer zu zahlen, und es gibt keine Methode, ihr Vermögen zu veranschlagen. Oft ist auch die Unterscheidung schwierig, ob ein Vermögensanteil zum persönlichen Besitz oder zur „Krone“ gehört.

Als persönliches Erbe fällt Elisabeth II. eine der schönsten Kunst- und Gemäldesammlungen der Welt zu, die zusammen mit der Ausstattung der königlichen Paläste viele Millionen wert ist. Ferner erbt sie die königlichen Herrscher pflegen Balmoral und Sandringham sowie viele tausend Morgen Land, das heute meist verpachtet ist. Außerdem sollen die Windsors, wie man sich in London zuflüstert, über wertvollen Grundstücks- und Aktienbesitz in London und New York verfügen. Diese Investitionen stammen größtenteils von Eduard VII., der zwar Geld auszugeben verstand, aber auch finanziell gewitzt war.

Die Windsors wären heute noch viel reicher, wenn Georg III. nicht seinerzeit ein schlechtes Geschäft mit dem Staat gemacht hätte. Er übergab einen großen Teil seiner Ländereien in London und auf dem flachen Lande der Krone und ließ sich dafür eine staatlich garantierte Zivilliste aussetzen. Das Einkommen Georgs VI. aus dieser Zivilliste betrug für dieses Jahr 410.000 Pfund Sterling (4,83 Millionen DM), und Elisabeth II. wird wahrscheinlich den gleichen Betrag erhalten. Das Einkommen aus dem Grundbesitz, den Georg III. aufgab, wäre allerdings heute mehr als zehnmal so groß.

Die Zivilliste des verstorbenen Königs gliederte sich u. a. in folgende Posten: 110.000 Pfund Sterling (1,29 Millionen DM) für persönliche Ausgaben, 134.000 Pfund (1,7 Millionen DM) für Gehälter an das Hofpersonal und für Renten an ehemalige Hofbedienstete, 152.800 Pfund (1,8 Millionen DM) für Haushaltsausgaben und 13.200 Pfund (155.230 DM) für Zuwendungen an solche Personen, die der Krone besondere Dienste geleistet haben und in besonderen Verhältnissen leben.

Es ist möglich, daß die Zivilliste in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten erhöht werden wird. Eine Steigerung der königlichen Einkünfte wird von Premierminister Churchill schon seit längerem gefordert. Die Apanagen der anderen Mitglieder der königlichen Familie werden nicht vom Familienoberhaupt, sondern vom Staat bestritten. Diese betragen jährlich für Queen Mary und Queen Elisabeth je 70.000 Pfund Sterling (823.200 DM), für den Herzog von Gloucester 35.000 Pfund (411.600 DM) und für die Princess Royal und Prinzessin Margaret je 20.000 Pfund (238.800 DM), der Herzog von Edinburgh erhielt bisher 10.000 Pfund (117.600 DM), doch wird sein Einkommen als Prinzgemahl wahrscheinlich größer sein. Prinzgemahl Albert erhielt jährlich 30.000 Pfund (352.800 DM).

Die Kronjuwelen, die der Nation gehören, werden ihrem Wert nach auf etwa 336 Millionen DM geschätzt. Zu dieser Juwelenammlung gehört der größte Diamant der Welt, der „Cullinan“, sowie der „Kohinoor“, der „Stern von Indien“ und der weltberühmte Rubin des „Schwarzen Prinzen“. Tausende von Diamanten, Perlen, Saphire, Smaragde und Rubine bedecken die zum königlichen Schatz gehörenden Kronen, die bei verschiedenen Gelegenheiten getragen werden.

Theoretisch gehören die seltsamsten Dinge zum „Eigentum“ des Herrschers: so kann Elisabeth II. wenn sie will, die Flotte verkaufen und die Armee nach Hause schicken. Ihr gehören alle Störche und Wale, die in britischen Gewässern gefangen werden, sowie alle Schwäne auf öffentlichen Gewässern. Sie kann jeden vergrabenen Schatz beanspruchen, der entdeckt wird, und das Wattenland zwischen den Grenzen von Hoch- und Niedrigwasser rund um die britischen Inseln ist ihr persönliches Eigentum.

Bodensee — Stuttgart als Vorbild Tagung der Gas- und Wasserfachleute

Baden-Baden (ld). Die projektierte Wasserleitung Bodensee—Stuttgart wurde auf einer Tagung des „Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern“ und des „Verbandes der deutschen Gas- und Wasserwerke“ in Baden-Baden als der Anfang einer großräumigen, wasserwirtschaftlichen Planung bezeichnet, die im ganzen Bundesgebiet einen Ausgleich zwischen den Gebieten mit Wasserüberschuß und den mit Wassermangel bringen soll. Auf Anregung der Bundesregierung werden augenblicklich von den beiden Verbänden Vorschläge für ein Wassernotgesetz ausgearbeitet, das unter anderem auch die Entnahme von Grundwasser regeln soll. Es wird angestrebt, gleichzeitig das völlig zersplitterte Wasserrecht einheitlich zu reformieren. Als Beispiel wurde angeführt, daß zur Zeit im Land Rheinland-Pfalz drei unterschiedliche Wasserrechte Gültigkeit haben.

Die Sicherstellung der Wasserversorgung wurde von den in der Oostadt versammelten Fachleuten ein öffentliches Problem erster Ordnung angesehen. Während der Wasserversorgung von Jahr zu Jahr steigt — täglich pro Kopf der Bevölkerung 150 bis 200 Kubikmeter —, sinke der Grundwasserspiegel ständig ab. Hinzu komme die Verschmutzung des Wassers durch die starke Industrialisierung und die Wähdichte. Die Realisierung der Pläne zur Verbesserung der Wasserversorgung in Westdeutschland erfordert in den nächsten zehn Jahren jährlich rund 300 Millionen DM.

Dr. von Rospat, der im Zusammenhang mit der Zwölf-Millionen-Betrugsaffäre verhaftet worden war, hat seine Tätigkeit beim Bundeswirtschaftsministerium wieder aufgenommen. Die Untersuchungen verliefen positiv für Rospat.

6,5% für Vertriebenen-Guthaben

Berlin-Hilfe dient der Verteidigung

Bonn (UP). Der Bundestag verabschiedete ein Gesetz, wonach reichsadische Vertriebene für Reichsmark-Sparguthaben, die sie in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie oder außerhalb der Grenzen von 1937 verloren haben, eine Entschädigung von 6,5 Prozent der Spareinlagen erhalten sollen.

Die Vertriebenen müssen, um die Entschädigung zu erhalten, ihr verlorenes gegangenes Sparguthaben durch die Vorlage eines Sparbuchs oder durch eine amtliche Bescheinigung nachweisen, bevor ihnen bei den örtlichen Geldinstituten oder Postämtern ein neues Sparguthaben in Höhe von 6,5 Prozent des nachgewiesenen Betrages eingerichtet werden kann. Jährlich werden jedoch nur 30 Prozent des Guthabens freigegeben. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Bundesfinanzminister Schäffer erneuerte die deutsche Forderung, daß bei der Festsetzung des finanziellen Verteidigungsbeitrages die Leistungen der Bundesrepublik für Berlin berücksichtigt werden müßten. Anlaß zu der Erklärung Schäffers war eine große Anfrage der SPD-Fraktion, in welcher der Einspruch der Hochkommission gegen das deutsche Gesetz über die Angleichung der Stellung Berlins an das Finanzsystem des Bundes kritisiert wurde. Schäffer sagte, daß alles, was die Bundesrepublik für Berlin tue, ein Beitrag für die Sicherung des Weltfriedens sei, der der Verteidigung genau so diene wie die militärischen Maßnahmen anderer Länder. Abg. Brandt (SPD) warf den Alliierten pedantische Rücksichtnahme auf die Sowjets vor. Dies stehe in keinem Verhältnis zu den Übergriffen der Sowjets in Berlin.

Gegen die Freigabe von Devisen für Einfuhr von Schmutz- und Schundschriften protestierte der Abg. Dr. Decker von der Föderalistischen Union bei der Begründung einer interfraktionellen Anfrage, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, den Kunsthandel zu fördern. Sprecher der Fraktionen forderten, daß Devisen für den Kunsthandel freigegeben werden. Bundeswirtschaftsminister Erhard teilte mit, daß die Zollbeamten angewiesen seien, Schmutz- und Schundschriften nicht über die Grenze zu lassen. Andere Maßnahmen seien nicht möglich, da die Einfuhr von Büchern, Schriften usw. liberalisiert sei. Der Kulturausschuß des Bundestages soll sich jetzt mit diesem Problem befassen.

Ein Antrag der DP, wonach der Bundestagspräsident gegen den hessischen Landtagsabgeordneten Franz Josef Furtwängler

(SPD) Stratantrag wegen Gotteslästerung, sowie Verunglimpfung des Bundestages und des Bundeskanzlers stellen soll, wurde an den zuständigen Ausschuß verwiesen. Der Antrag bezieht sich auf einen Zwischenfall, der sich während der Schumanplan-Debatte im Bundestag ereignete.

Heuss zum Lastenausgleich

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Johannes Kunze (CDU), hat dem Bundespräsidenten über den Stand der Arbeiten am Lastenausgleichsgesetz berichtet. Wie die Präsidentskanzlei hierzu mitteilt, empfahl Bundespräsident Heuss dringend, dieses wichtige Gesetzgebungswerk im allgemeinen Interesse so bald wie möglich fertigzustellen.

Neue Ausgleichsrenten?

Der Bundestagsausschuß für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen forderte den Bundestag auf, dem von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes zuzustimmen. Nach dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf sollen Ausgleichsrenten nur insoweit gewährt werden, als sie zusammen mit den sonstigen Einkommen folgende Monatsbeträge nicht übersteigen: bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 und 60 Prozent 85 DM, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 70 Prozent 95 DM, bei 80 Prozent 105 DM, bei 90 Prozent 120 DM und bei völliger Erwerbsunfähigkeit 135 DM.

Vertreter der Bundesverbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (VdK) und des „Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen“ haben in Bonn beschlossen, künftig auf sozialpolitischem Gebiet eng zusammenzuarbeiten. Die drei Organisationen wollen gemeinsam eine umfassende Neugestaltung des Sozialrechts anstreben.

DGB zur Betriebsverfassung

Der Bundesvorstand des DGB hat sich in einer Eingabe an den Bundestag für ein einheitliches Betriebsverfassungsgesetz ausgesprochen und die Abgeordneten dringend gebeten, seine diesbezüglichen Wünsche zu unterstützen. Der Bundesvorstand lehnte die Schaffung eines Sondergesetzes für den öffentlichen Dienst mit dem Hinweis ab, daß hierfür keine sachliche oder rechtliche Notwendigkeit bestehe. Eine unterschiedliche Behandlung würde eine weitgehende Abspaltung aller Schaffenden im öffentlichen Dienst mit der Auswirkung einer uneinheitlichen Rechtsprechung zur Folge haben.

Anglo-ägyptische Vorverhandlungen

König Faruk empfing Stevenson — Amr Pascha bei Eden

Kairo (UP). Der britische Botschafter in Kairo, Sir Ralph Stevenson, wurde unerwartet zu einer Audienz zu König Faruk berufen. Offiziell wurde mitgeteilt, der Botschafter habe dem König in der Unterredung für die Entsendung einer ägyptischen Delegation zur Beerdigung König Georgs gedankt.

Gleichzeitig habe in London der britische Außenminister Eden eine Unterredung mit dem ehemaligen ägyptischen Botschafter in England, Amr Pascha, der Ägypten bei der Beerdigung König Georgs vertritt. Amr Pascha hatte vor der Unterredung geäußert, daß es sich hierbei nicht um eine Aufnahme von Verhandlungen handele, sondern daß seine Unterredung zu einer Aufnahme von Verhandlungen führen könne. Botschafter Amr Pascha, der Ägypten in London vertritt, wurde während des ägyptisch-britischen Konfliktes nach Kairo zurückberufen. Wie aus Kairo verlautet, soll Amr Pascha seinen Posten als Botschafter wieder antreten, falls es zu Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien kommen sollte.

In London ist man optimistisch und erwartet die baldige Aufnahme offizieller Verhandlungen zur Regelung der Streitfragen. Man rechnet mit folgender Entwicklung: 1. Verhandlungen über die Suezkanal-Zone und den Status des Sudan, wobei Großbritannien den ägyptischen Forderungen weitgehend entgegenkommen würde. 2. Großbritannien wird eine „programmatische Erklärung über seine Absichten“ in Ägypten abgeben. 3. Einberufung einer Konferenz über die Verteidigung der Kanalzone im Rahmen der internationalen Verteidigung des Mittleren Ostens.

Der ägyptische Ministerpräsident Ali Maher Pascha erklärte nach einer Kabinettsitzung, daß die Regierung Freiwilligenverbände gründen wolle, um die Jugend auszubilden und auf die Erfüllung ihrer nationalen Aufgaben vorzubereiten.

In unterrichteten Kreisen erwartet man sensationelle Enthüllungen über die Ergebnisse der Untersuchung der blutigen Unruhen in Kairo vom 26. Januar, die zu einer heftigen Gegnerschaft zwischen der Armee und dem ehemaligen Innenminister Serag el Din geführt haben.

Die Parlamentsfraktion der mächtigen Wafd-Partei hat beschlossen, die Regierung Maher Pascha zu unterstützen.

Ein Schritt weiter in Pan Mun Jon Taft für nationalchinesische Invasion

Seoul (UP). Die zähen Verhandlungen in Korea brachten einen weiteren, nicht unwesentlichen Fortschritt. Die Alliierten erklärten sich mit dem kommunistischen Vorschlag einverstanden, alle Kriegsgefangenen unabhängig davon, wieviel Gefangene sich auf jeder Seite befinden, innerhalb von zwei Monaten nach dem Waffenstillstand auszutauschen. Die Reihe der strittigen Fragen schrumpft damit immer mehr auf die zwei Hauptpunkte zusammen, die den Vertrag noch blockieren; die Frage der Flugplätze in Nordkorea und die des Gefangenaustausches auf freiwilliger Basis. Der von den Kommunisten

in Aussicht gestellte neue Vorschlag zur Einberufung einer Fernost-Konferenz zur Regelung der Streitigkeiten ist bisher noch nicht überreicht worden. Die Kommunisten gaben zu erkennen, daß sie dabei nicht nur über Korea, sondern auch über Formosa verhandeln wollen.

Der republikanische US-Senator Taft erklärte, die einzige Chance, die Kommunisten von einem eventuellen Überfall auf die USA abzuhalten, bestehe in einer nationalchinesischen Invasion des von den Kommunisten beherrschten chinesischen Festlandes. Taft, der sich um die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten bemüht, warf der Regierung Truman vor, die Nationalchinesen an einem Angriff auf das Festland gehindert zu haben.

Grotewohl wendet sich an vier Großmächte

Bitte um baldigen Abschluß eines Friedensvertrages — Bonn soll sekundieren

Berlin (UP). Die Ostzonen-Regierung hat in gleichlautenden Schreiben die vier Großmächte gebeten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. In den Briefen, die auf Beschluß des Ostzonen-Ministerrates den sowjetischen, amerikanischen, britischen und französischen Vertretern in Berlin übergeben wurden, heißt es: „Der Friedensvertrag ist für das deutsche Volk notwendig, um die Spaltung Deutschlands zu beseitigen und einen einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staat zu schaffen.“

Gleichzeitig hat die Ostzonenregierung die deutsche Bundesregierung in Bonn von ihrer Intervention bei den vier Großmächten in einem Schreiben unterrichtet und die Erwartung ausgedrückt, daß die Bundesregierung „diesen den Wünschen und Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Vorschlägen beitrete“. Sämtliche Schreiben tragen die Unterschrift des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.

In den Briefen an die Großmächte heißt es: „Obwohl nahezu sieben Jahre seit der Kapitulation Hitler-Deutschlands vergangen sind, hat Deutschland bis jetzt noch keinen Friedensvertrag, auf den es ein Recht besitzt. Die alliierten Mächte haben in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz dem deutschen Volk einen Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zugesichert und ihm die Möglichkeit gezeigt, in Zukunft einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker der Welt einzunehmen. Das deutsche Volk ist sich seiner Schuld aus dem Hitlerkrieg voll bewußt. Es glaubt jedoch nicht, daß es gerecht behandelt wird.“

Der Friedensvertrag, so heißt es weiter, würde die friedliche Entwicklung des deutschen Staates ermöglichen und im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes den Frieden in Europa erhalten und sichern. Er sei notwendig, um die Gefahr der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und neuer Versuche der Aggression zu verhindern.

Maulbronner Tunnel wird umfahren Weiterführung der Elektrifizierung

Maulbronn (sw). Die Hauptverwaltung der Bundesbahn hat jetzt die Erlaubnis erteilt, die Elektrifizierung der Strecke Stuttgart—Mannheim fortzusetzen. Für die Finanzierung der Elektrifizierung sind vom Land Württemberg-Baden weitere Darlehen in Aussicht gestellt worden. Da die elektrifizierte Strecke nicht durch den alten Tunnel bei Maulbronn geführt werden soll, werden für den Bau einer 1 km langen Umfahrgleise 150—200 zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht. Bei den Bauarbeiten, die ungefähr zwei Jahre dauern werden, sollen vorwiegend Arbeitslose beschäftigt werden. Eine Planung für die Elektrifizierung der gesamten Strecke Stuttgart—Mannheim soll nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Stuttgart erst nach der Bildung des Südweststaates vorgenommen werden.

Zunächst sollen die Fabrikationsanlagen auf dem Bahnhof Mühlacker fertiggestellt werden, so daß bis zum Wechsel des Fahrplanes im Mai alle Schnellzüge zwischen Stuttgart und Mühlacker elektrisch betrieben werden können. Die Arbeiten auf dieser Strecke sind nun soweit abgeschlossen, daß vom 18. Februar an neben den Personenzügen auch die Güterzüge elektrisch gefahren werden können. Für die Elektrifizierung der Strecke Stuttgart—Mühlacker sind bisher rund 13 Millionen DM verwendet worden. Diese Mittel stammen ausschließlich aus Darlehen des Landes Württemberg-Baden.

Lebenslänglich für Schwedenmörder Eine schwere Felle war die tödliche Waffe

Koblenz (UP). Das Schwurgericht Koblenz verurteilte die beiden im „Schwedenmörder“-Prozess Hauptangeklagten Helmut Ackermann und Leo Engels wegen Mordes und wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub in drei Fällen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Es sei erwiesen, so heißt es in der Begründung, daß es sich bei dem Verbrechen in Niederbreisig um einen Mord mit „bedingtem Vorsatz“ gehandelt habe. Die Tötung des Opfers sei grausam und heimtückisch und unter den schneidendsten Begleiterscheinungen erfolgt. Die Mitangeklagten Keller und Kagerer erhielten wegen schweren Raubes je fünf Jahre Gefängnis und vier Jahre Ehrverlust. Ihre Taten haben, der Urteilsbegründung zufolge, mit dem Komplex des „Schwedenmordes“ nichts zu tun.

Eine gleichzeitig von dem Gericht entschiedene zivilrechtliche Klage des schwedischen Lehrers Ragna Ahlin auf 20.000 DM Schadenersatz und Schmerzensgeld wurde in der Weise entschieden, daß Ahlin eine Erstattung seiner belegten Unkosten in Höhe von 3.237 DM zugebilligt wurde, ferner ein Schmerzensgeld von 3000 DM. Ein höheres Schmerzensgeld kann nach Ansicht des Gerichts nach deutschen zivilrechtlichen Bestimmungen nicht gewährt werden. Das heißt jedoch nicht, daß Ahlin nicht noch weitere Regressansprüche stellen könnte. Ahlin erklärte dem UP-Vertreter, er beuge sich in jeder Weise dem Urteil des deutschen Gerichts.

Der Vorsitzende des Schwurgerichts, Dr. Paul Klose, erklärte nach der Vernehmung der beiden Schweden, die den Überfall überlebten: „Ich kann diese Taten nicht ungeheuer machen, sondern ihnen nur das Mitgefühl aller anständigen Menschen in diesem Saal und in unserem Land aussprechen.“ Ackermann und Engels hatten in der Nacht zum 12. Juli 1951 das schwedische Touristenpaar Ahlin in ihrem Zelt bei Niederbreisig überfallen und niedergeschlagen. Dabei wurde Frau Ahlin durch Stiche mit einer Felle tödlich verletzt. Mit vorgehaltener Pistole zwangen die Banditen den Lehrer Ahlin und seinen Schwiegervater, der in der Nähe in einem Personenwagen übernachtete, zur Herausgabe der Wertsachen.

Der schwer hirnverletzte Angeklagte Ackermann gab im wesentlichen die ihm zur Last gelegten Taten zu, er bestritt jedoch, die tödlichen Stiche ausgeführt zu haben. Demgegenüber erklärte Engels, der Täter sei Ackermann gewesen, er selbst habe sich den Lehrer Ahlin „vorgenommen“ und ihn mit einem Montierseisen niedergeschlagen. Eine Bewegung ging durch den Zuschauerraum, als der Vorsitzende des Schwurgerichts die mehrere Kilogramm schwere, 52 cm lange, 5 cm breite und am oberen Ende nadelspitzig zulaufende Eisenfelle als Beweismittel vorzeigte. Ackermann will sich an die Vorgänge angeblich nicht mehr genau entsinnen können.

Neun Todesurteile in Barcelona

Barcelona (UP). Ein hiesiges Militärgericht fällte nach zweitägiger Verhandlungsdauer das Urteil gegen 30 „Staatsfeinde“. Neun Angeklagte wurden wegen Unterminierung der Staatssicherheit, wegen Raubmordes und wegen Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen zum Tode verurteilt. 18 Angeklagte, darunter eine Frau, erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und 30 Jahren. Die Delikte der Verurteilten sollen auf Vorfälle zurückgehen, die sich schon 1947 abspielten. Wie verlautet, hat ein Teil der Angeklagten der verbotenen Organisation „FAI“ (iberisch-Anarchistischer Bund) und dem nationalen Gewerkschaftsverband angehört. Aus Protest gegen die Todesurteile blockierten 40 Personen für zwei Stunden die Tür zum spanischen Generalkonsulat in New York. Die Demonstranten bezeichneten sich als ehemalige Angehörige der Lincoln-Brigade, die im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der spanischen Republikaner gekämpft hatte.

Im niederländischen Parlament unterstützten in einer großen Debatte alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten den Schuman-Plan. Für die Abstimmung ist somit eine große Mehrheit gesichert.

Die kanadische Regierung will im kommenden Finanzjahr 360 Millionen Dollar für militärische Hilfeleistungen im Rahmen des Atlantikpaktes ausgeben. Die „Drei Weisen“ haben fast eine Milliarde gefordert.

Aus der Stadt Etlingen

Die unangenehmen kalten Füße

Kalte Füße bleiben im Winter niemand erspart. Was man eigentlich zuerst dabei empfindet, ist schwer zu sagen. Mancher sagt, kalte Füße sind scheußlich, ein anderer spricht etwas seriöser von einem unangenehmen Gefühl, das mit den kalten Füßen auch die Stimmung beeinträchtigt. Allgemein ist man aber der Ansicht, daß uns dieser unangenehme Zustand zu unangenehmen Menschen macht, die Geduld und Nerven verlieren, ihre oftmals zur Schau gestellte Würde vergessen und für nichts anderes zu haben sind, als für eine angenehm durchwärmte Stube und einen hitzespandenden Ofen. So sehr sind wir den Unbildern der Witterung und dem Übergewicht des Körperlichen in unserer Dasein ausgeliefert. „Schämt euch!“, würde ein Philosoph sagen, und sich dem Ofen zunächst stellen.

Was man dagegen tun kann, ist gleichfalls schwer zu sagen. Schneller gehen, sagen die einen; nicht so empfindlich sein, raten die Kneippenhänger; überhaupt nicht aus der warmen Stube gehen, schlagen die Phlegmatiker vor. Daß sich auch die Technik mit dem Problem der kalten Füße beschäftigt hat, beweisen verschiedene, sogar patentierte Pläne deutscher, französischer und englischer Erfinder zu Beginn der zwanzigsten Jahrhunderts, die ein Spezialdampfheizgerät vorsehen.

Hätte die damalige Menschheit die Fertigung dieser Geräte akzeptiert, so ließen wir heute womöglich alle mit einer Kleindampfmachine auf dem Rücken umher, die, durch Schläuche und Drähte mit unseren Fußsohlen verbunden, jenes Gefühl an unseren Füßen hervorrufen würde, daß „man glauben könnte, im heißen Afrika zu gehen, wenn man in Hammerfest die Mitternachtssonne bewundert“, wie in einem damaligen Prospekt versichert wird. Wie dem auch sei, es ist nicht so weit gekommen, und wir frieren an kalten Tagen immer noch an den Füßen wie unsere Vorfahren vor tausend Jahren. Da uns die Geschichte nichts Bedeutendes über kalte Füße jener Generationen überliefert, ist wohl anzunehmen, daß sie dieser Sache keine allzu große Bedeutung geschenkt haben. Eine Geste, die auch uns gut stehen würde. Im übrigen blühen in ein paar Wochen die Schneeglöckchen. Ihnen folgen die Veilchen.

Am 28. Februar Bürgermeisterversammlung in Etlingen

Die nächste Bürgermeisterversammlung findet am Donnerstag, 28. Febr., 8.30 Uhr im Etlinger Rathaus statt. Regierungsrat Höllein wird ein Referat halten über das Wohnungsbauprogramm 1952, Oberregierungsrat Schäfer wird über „Jagdbezirke und Jagdverpachtung“ sprechen. Ein Vortrag von Regierungsobersprecher Hepper bezieht sich auf „Die Besoldungsregelung für Beamte und Angestellte“. Ferner steht noch eine Aussprache über „Volksbund und Kriegsgräberfürsorge“ auf der Tagesordnung, über die „Polizeiliche Meldepflicht und die Wohnraumfrage“, über das Jugendschutzgesetz, über Vorschulzahlungen an Arbeitslose und die Anwendung von Rechtsmitteln bei Verwaltungssachen der Gemeinden.

60 Milliarden DM Volksvermögen

müssen vom deutschen Volk in den nächsten 25 bis 30 Jahren zum Lastenausgleich aufgebracht werden.

Die Soforthilfeabgaben, die wir alle, besonders Hausbesitzer, Gewerbetreibende und Industrie, bereits seit Jahren bezahlen, sind der Vorläufer des Lastenausgleichs. Die endgültige gesetzliche Regelung erfolgt in nächster Zeit durch den Bundestag. Diese einschneidende Maßnahme für unser ganzes Volk, gleichgültig ob Arbeiter oder Beamte, Hausbesitzer oder Mieter, Gewerbetreibender oder Industrieller, wird Bundesabgeordneter Leibfried am Freitag, 20. Uhr im Hirschsaal behandeln, um der hiesigen und auswärtigen Bevölkerung Aufklärung über die Auswirkungen dieses Gesetzes zu geben. Besonders interessant dürfte der Vortrag für Vertriebene und Hausbesitzer sein. Das jährliche Steueraufkommen von 2,5 Milliarden DM während 25 Jahren wird sich auf alle Bevölkerungsschichten auswirken und für unsere ganze Wirtschaft von großer Tragweite sein. Den Älteren ist noch deutlich in Erinnerung, wie schwerwiegend in den 20er Jahren das Aufwertungsgesetz für Hypotheken war. Gegenüber der nun kommenden gesetzlichen Regelung war jenes nur ein kleiner Vorläufer.

Die Regelung der Währungsstabilisierung vom Juni 1948 durch die Soforthilfeabgabe ist noch nicht endgültig.

Der Vortrag von MdB Leibfried, dem Vertreter Badens im Lastenausgleichsausschuß des Bundestags wird sicher großem Interesse in allen Bevölkerungskreisen begegnen.

„Jugend, Dein Beruf“

heißt das Thema, das heute abend 8 Uhr im Elternabend der Knabenschule im Mittelpunkt steht. In einem Vortrag und einem Tonfilm werden Berufsfragen behandelt, und in einer anschließenden Aussprache wird Gelegenheit geboten, von einem Berufsberater des Arbeitsamts Karlsruhe Rat und Auskunft zu erhalten. Die Eltern der Entlassschüler sowie die Elternbeiräte sind zu der Veranstaltung herzlich eingeladen.

Die Staatl. Kunsthalle (Erziehungsabteilung) veranstaltet am Donnerstag, 14. Febr., 18.15 Uhr in Karlsruhe, Hans-Thoma-Str. 2, einen Vortrag mit dem Thema: „Erziehung und bildende Kunst im alten Rom“. Redner: Dozent W. Huppert. Eingang Rückseite, Eintritt frei.

Wir werden Selbstwähler (I.)

Kabeladern unter der Straßendecke

bautechnische Angaben über das neue Fernsprechnetz

Nachdem wir vor kurzem über die Geschichte des vor 60 Jahren begründeten Fernsprechnetzes in Etlingen berichtet haben, beginnen wir heute mit dem Bericht über die technischen Neuerungen des Selbstwählamts, das am Samstag, 16. Febr., in Betrieb genommen wird. Der Leiter des Fernmeldeamts, Oberpostrat Knebel (Karlsruhe) gab uns folgende Erläuterungen über den unterirdischen Kabelbau.

Die Führung der Leitungen in Kabeln ist da am Platz, wo Anlage und Unterhaltung der Kabelanlage wirtschaftlicher sind als die der Freileitungsanlage. Dies trifft für Städte wie Etlingen, Karlsruhe und Durlach natürlich zu, womit aber nicht gesagt ist, daß jede Leitung vom Anfang bis zum Ende beim Teilnehmer rein unterirdisch geführt ist, sondern es wird in den Teilen des Ortsnetzes, in denen die Teilnehmersprechstellen nicht so dicht liegen, daß eine rein unterirdische Verteilung der Kabeladern wirtschaftlich ist, von der Einrichtung Gebrauch gemacht, über sogenannte Kabelaufführungen die Anschlußleitungen oberirdisch weiter zu verteilen.

Bei einem unterirdischen Leitungsnetz kann die Anschlußverbindung für einen neuen Teilnehmer in ihrer ganzen Länge nicht erst bei eintretendem Bedarf hergestellt werden. Die Wirtschaftlichkeit erfordert es, daß gleichlaufende Leitungen zur Ersparnis von Kosten in Linien zusammengefaßt und gemeinsam hergestellt werden. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, das Ortsnetz so anzulegen, daß es in seiner Gesamtgestaltung zehn Jahre ausreicht, die Zahl der Kabeladern aber nur für einen fünfjährigen Zeitraum zu bemessen und sie alsdann so zu vermehren, daß sie bis zum Ende der Planungszeit ausreichen.

An den Ausläufern eines Anschlußkabelnetzes müssen ausreichend Vorratsadern für das Einschalten neuer Teilnehmer verfügbar gehalten werden. Wollte man diese Vorratsadern sämtlich bis zur Vermittlungsstelle durchführen, so ergäbe sich eine unwirtschaftliche Belastung des Kabelnetzes. Dasselbe wäre der Fall, wenn man sämtliche Verbindungsleitungen zwischen Hauptanschlüssen und ihren Außenstellen über die Vermittlungsstelle führen würde. Zur Vermeidung dieser Nachteile ist ein Verzweigersystem entwickelt worden. Bei diesem System werden aus einem bestimmten Bezirk an einem geeigneten Punkt zusammenkommende Kabel in einem „Kabelverzweiger“ eingeführt, wo alle Adern an Klemmen oder Lötösen angeschlossen werden.

Von dem Kabelverzweiger führen nach der Vermittlungsstelle nur so viele Kabeladern, daß die Vorratsadern für eine gewisse Zeit ausreichen.

Die von den Kabelverzweigern zu den Anschlüssen verlaufenden Kabel verzweigen sich strahlenförmig und enden entweder an „Endverzweigern“ in Wohnungen, Kellerräumen, an Hauswänden, in Höfen oder an Masten oder an den bereits erwähnten Kabelaufführungen.

Vom Hauptverteiler der Vermittlungsstelle führen die Amtskabel zu den Linienverzweigern; letztere haben eine Aufnahmefähigkeit für 1000 oder 2000 Doppeladern. Die Amtskabel sind also meist sehr hochpaarige Kabel (bis zu 1200 Doppeladern). Von den Linienverzweigern führen die Amtskabel zu den Kabelverzweigern. Die Kabelverzweiger haben eine Aufnahmefähigkeit von 200 Doppeladern und werden bei Aufstellung gleich voll mit 70 Amtsdoppeladern (70paarige Netzkabel ausgerüstet); ihre Anfangsbelegung nach der Teilnehmerseite beträgt etwa 35 DA. Vom Kabelverzweiger gehen die Verteilungskabel entweder zu den Endverzweigern oder zu den Kabelaufführungen. Die Endverzweiger werden für fünf und zehn Doppeladern gebaut und so angebracht, daß die Zuführungen zu den Sprechstellen möglichst kurz sind. Die Endverzweiger werden erstmalig sogleich bis zur Hälfte ihrer Aufnahmefähigkeit mit in Betrieb befindlichen Anschlußleitungen belastet.

Kabelaufführungen gibt es zu 5, 10 oder 20 DA; innerhalb der ON-Grenze bilden die Kabelaufführungen für 5 oder 10 DA die Regel. Im Stadtgebiet bleibt der Versorgungsbereich der Kabelaufführung möglichst auf den Häuserblock beschränkt, innerhalb dessen er sich befindet. Neu eingerichtete Kabelaufführungen werden sogleich bis zur Hälfte ihrer Aufnahmefähigkeit mit in Betrieb befindlichen Leitungen belegt. Die Fernsprechkabel werden entweder als Erdkabel in einem Kabelgraben von 70 cm Tiefe verlegt oder in Kabelkanäle als Röhrenkabel eingezogen. Kabelkanäle aus Beton-Kabelformstücken stellt man überall da her, wo die Entwicklung voraussehen läßt, daß später mit dem Auslegen weiterer Kabel zu rechnen ist und wo teure Straßenoberfläche erneut aufgerissen werden müßte.

Wir unterscheiden Hauptkanäle mit einer größeren Zahl von Rohrzügen (z. B. in der Pforzheimer und Friedrichstraße) und Verteilungskanäle mit einem oder zwei Rohrzügen. In den Hauptkanälen müssen an den Stellen, von denen aus die Kabel in den Kanal hineingezogen und an denen sie miteinander verbunden werden sowie an den Stellen, an denen der Kanal seine Richtung oder Höhe ändert, Kabelschächte eingebaut werden. Zwischen diesen zwangsläufig festliegenden Punkten müssen so viel Schächte vorgesehen werden, daß die schwersten und stärksten Kabel noch leicht eingezogen werden können (mindestens alle 150 m).

Die Größe der Kabelschächte richtet sich nach der Zahl der unterzubringenden Lötstellen. Je mehr Kabel zu verbinden sind, desto länger muß der Schacht werden. Bei zwölf Kanalöffnungen z. B. beträgt der lichte Raum des Kabelschachtes 2 m Länge und 1,2 bis 1,5 m Breite. Die Tiefe richtet sich nach der Höhenlage des Kanals. Der Boden muß mindestens 40 cm tiefer als der unterste Kanalzug liegen. Die Schächte werden aus Ziegelsteinen gemauert (z. B. an der Friedrichsbrücke) oder in Stampfbeton hergestellt.

Zum Abzweigen der Kabel aus den Verteilungskanälen an den Einführungen in die Häuser dienen Abzweigungskasten aus Beton, etwa 5 mm Wandstärke, 40 x 65 cm weit und 50 cm hoch.

„Dickhäuter“ laden uns „Dohlenaze“ ein

Wie wir gestern berichtet haben, wurde am Dienstag auf dem Rathaus der Auftakt zur Dickhäuter-Fastnacht gegeben. Im Namen der Arbeitseinheiten in der Rheinlandkaserne und ihrer Zeitung „Der Dickhäuter“ wurde dem Bürgermeister die Einladung zum Maskenball am Sonntag, 17. Februar, in der Stadthalle feierlich überreicht. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

An seine Wohlleyblichkeit den regierenden Herrn Bürgermeister item einen Wohlweyssen Rat der guten Stadt Dohlenhausen Hochmögende, verehrte, auch wohlmeynende Herren!

Syntemalen seine Tollität Prinz Antonius I. zu beschließen geruhen seine Anwesenheit beim Maskenball der Dickhäuter in der Festhalle von Dohlenhausen gnädigst zuzusagen, und zwar am 17. Tage des Karnevalmonats.

Item seine Tollität Prinz Antonius I. den Wunsch geäußert haben, anläßlich dieses Festes eine reine Jungfrau zu freien und zu seiner Karnevals-Prinzessin zu machen, ge-

ben wir ihm auf, an diesem Abend zu erscheinen mit allen seinen Reistigen, Mannen und Knechten.

Item geben wir den Ratsberren, dem gewählten Zunftmeistern und Sildeherren samt ihren Gesellen und Gesinde auf, sich sauber gewaschen und mit den besten Kleidern geputzt zur Huldigung für den Prinzen und dero Frau Prinzessin in der Festhalle zu versammeln. Auch wird er aufgeführt, für die Dauer des Regiments seiner Tollität des Prinzen Antonius I. den Schlüssel und die Gewalt über die Stadt in die Hände seiner Tollität zu legen, wofür er einer hohen Auszeichnung aus den Händen Ihrer Lieblichkeit der aus seiner Stadt zu erwählenden Prinzessin sicher sein kann.

Gegeben am 11. Tage des Karnevalmonats des Jahres Eintausendneuhundert und zweiundfünfzig.

Der Elferrat Zeremonienmeister

Der Elferrat der „Dickhäuter“ hat auch die Dohlenhäuser Narrengilde zur Teilnahme in vollem Ornat eingeladen.



Narrenbesuch auf dem Rathaus

Der Zeremonienmeister des Elferrats der deutschen Arbeitseinheiten überreicht Bürgermeister Rimmelpacher die Einladungsurkunde zum 17. Februar, deren Wortlaut wir auf dieser Seite veröffentlichten.

Leicafoto K. F. Schade

Capitol

„Pikanterie“

Hier hat man die Pikanterie für die breite Öffentlichkeit verfilmen wollen und damit einen höchstens mittelmäßigen Unterhaltungsfilm geschaffen. Selbstverständlich muß für die amüsanten Geschichten eines Don Juan, der in Wirklichkeit gar keiner ist, das Pflaster von Paris herhalten.

Nur gut, daß es sich bei diesem Film um eine Komödie handelt, in der hauptsächlich Hubert von Meyerinck und das Dienerpaar Marina Ried und Carl Heinz Schroth für die humoristische Würze sorgen. Wenn man die Ausgestaltung des Films und die Musik betrachtet, rundet sich das Bild einer etwas beschwingten mehr aber eleganten Filmkomödie der deutschen Produktion ab, die wohl einen Anfang bildet, deren Weg zu Höhepunkten aber heute noch nicht erkennbar ist. Die Capitol-Lichtspiele zeigen Pikanterie bis Donnerstag.

Ull

„Der stumme Gast“

ist ein deutscher Kriminalfilm mit glänzender Besetzung, der nur noch heute in den Union-Lichtspielen läuft. René Deltgen, Gisela Uhlen, Rudolf Fernau und Carsta Löck machen dieses Stück für die Freunde des Kriminalfilms allein schon sehenswert. Das Milieu einer kleinen Grenzstadt wird geschildert mit den Sorgen und Nöten der Einheimischen. Bei diesem Kriminalfilm muß man die Leistungen der Produktion anerkennen. Zu gleicher Zeit darf man aber wohl bedauern, daß nur wenig anders geartete deutsche Filme so erfolgreich sind und ähnlich wie der Kriminalfilm, der ein Reißer sein darf, nur auf den Kassenerfolg abgestimmt werden.



Heute Abend „Rebell in der Arche“

Die „Junge Spielgruppe“ aus Karlsruhe zeigt heute abend 20 Uhr in der Aula das Drama „Rebell in der Arche“. Seit der Uraufführung 1935 im Stadttheater St. Gallen ist dieses Drama von seinem Schweizer Autor Arnold Schwegeler neu bearbeitet worden. Es behandelte menschliche Probleme in christlicher Schau und wird daher die Besucher stark beeindrucken.

Die E3 gratuliert

Julius Seemann, Drachenrebenweg 6, feiert heute die Vollendung seines 74. Lebensjahres.

Bereins-Nachrichten

Bei der Landjugend

wirft am Donnerstag, 14. Febr., 20 Uhr die Langensteinbacher Gruppe zu Gast. Um vollzählige und pünktliche Erscheinen wird gebeten.



Rund um die Etlinger Fastnacht

„Liedertafel“ Etlingen

„Strömt herbei, Ihr edlen Narrenscharen, Sänger, Sängerinnen, Freunde, Gönner alle, Wollt Ihr echte, große Lust erfahren,

O, dann kommt doch mit Gefolge allemal Zu dem großen Sängerstreit im Revuepalast, Der allen Herzenswünschen voll sich anpaßt.“

Diese Einladung ergeht an alle Mitglieder, Freunde und Gönner, die am Sonntag, 24. Februar, bei der „Liedertafel“-Familie in der prächtig geschmückten Stadthalle unter dem Motto „Sängerstreit im Revuepalast“ das Kostümfest voll wunderlichen Erlebnissen kosten wollen. Der Kartenvorverkauf beginnt ab Freitag, 15. Febr., und zwar für Mitglieder zu 1,50 DM gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte oder der letzten Quittung im Zigarrengeschäft Stöhrer, Kronenstraße und Buchdruckerei Graf, Schöllbronner Straße, für Nichtmitglieder zu 2 DM bei Papier- und Schreibwarengeschäft Markus, Kronenstr., Zigarrengeschäft Rees, Kirchenplatz und Zigarrengeschäft Suppinger, Marktstraße. All die vielen, die da kommen wollen, werden sich rechtzeitig im Vorverkauf Eintrittskarten sichern. So manche Überraschungen, viel Gutes und Bestes für Gaumen und Herz, Tanz im Fest- und Revueaal sowie im renovierten Bürgerkeller unter den Klängen einer Musikvereinskapelle und der Jazzkapelle „Schwarz-Weiß“ bis zum Morgengrauen, Kostümpriämierung usw. wird geboten. Selbst das weltbekannte u. einmalige Albspatzentrio hat seine Mitwirkung zugesagt. So wird heute schon im Terminkalender der vielen Etlinger, um den Tag ja nicht zu verpassen, der 24. Febr. 19.11 Uhr rot angestrichen. Wer dieses fröhliche und närrische Liedertafelfest veräumen würde, hätte, wie man im Volksmund sagt, die beste Schanze seines irdischen Daseins verstaumt.

Neu für Kraftfahrer!

Wann dürfen Nebellampen eingeschaltet werden?

Nach § 52 Abs. 1 StVZO kann ein Kraftfahrzeug mit ein od. zwei Nebellampen ausgestattet sein. Diese dürfen jedoch nur bei Nebel oder Schneefall und am Tage nur in Verbindung mit dem Abblendlicht, bei Dunkelheit nur in Verbindung mit dem Abblendlicht, oder dem Begrenzungslicht (Standlicht) eingeschaltet werden! Bei starkem Nebel oder Schneefall ist am Tage Abblendlicht einzuschalten (Standlicht genügt nicht!).

Aus den Albgau-Gemeinden

Bruchhausen berichtet

Bruchhausen. Am 15. Februar kann Frau Rosa Kühn Witwe, Bahnhofstraße 5, ihren 77. Geburtstag begehen. Wir gratulieren.

Bufenbad

Bufenbad. Letzten Samstagabend veranstaltete die Ortsgruppe des VdK im „Sonnenzelt“ einen Buntten Abend, dem allerdings nicht der Erfolg beschieden war, den er in Anbetracht seines sozialen Zweckes sowie seines gelegenen Programmes wegen verdient hätte. Bei der Vielzahl der gegenwärtigen Fastnachtsveranstaltungen, die überall und im Ort selbst gestartet werden, fällt es der Bevölkerung etwas schwer, das Richtige zu finden. Durch eigene Kräfte und durch Mithilfe der bereits bestens bekannten drei Rauchschaalweiben kam ein humoristisches Programm zur Abwicklung, das die Erschienenen den Abend lang aufs angenehmste unterhielt. Durch den Ansager der Schwalben, R. Schönherr, war der notwendige Kontakt mit dem Publikum sofort hergestellt. Der reiche Beifall, der ihnen nach jeder Aktion und am Schluß gespendet wurde, zeigte auf beste, wie dankbar ihre lustigen Darbietungen aufgenommen wurden.

Einer Anzahl betagter Mitbürger war und ist es in dieser Woche vergönnt ihre Geburtstage zu feiern. Am Montag, 11. Febr., konnte die Witwe Apollonia Becker ihren 78. Geburtstag feiern. Am 12. Febr. wurde Magdalene Müller Wwe. 73 Jahre alt, Maria Merz vollendete ihr 70. Lebensjahr, Stefanie Müller Wwe. ihr 79., Leopold Bastian, Steueramtmann i. R., wird am 14. Febr. 78 Jahre alt; Plus Becker am 16. Febr. 75 Jahre, seine Ehefrau Gertrud am 18. Febr. 76 Jahre; Emma Vogel am 18. Febr. 75 Jahre; Florian Steppe am 18. Febr. 76 Jahre, während ebenfalls am 18. Febr. Simon Vogel, Ratschreiber i. R., seinen 87. Geburtstag feiern kann. Allen unsere herzlichsten Geburtstagswünsche. e.

Aus Ehenrot

Spritzung gegen Obstbaumschädlinge

Ehenrot. Am vergangenen Sonntag hielt der Obst- und Gartenbauverein Ehenrot im „Strauß“ seine Generalversammlung ab. Stefan Anderer, der Vorsitzende des Vereins, eröffnete die Versammlung mit dem Tätigkeitsbericht. Besonders eingehend befaßte er sich mit der Winterspritzung der Obstbäume, die trotz der noch mangelhaften Durchführung als guter Erfolg gewertet werden könne. Er forderte jedoch eine Verbesserung für die Rohrleitung der Obstbaumspritze. Mit einem Bericht über die Bezirksversammlung in Etlingen schloß der Vorsitzende sein Referat, das, wie der anschließend erstattete Kassenbericht, die Zustimmung der Vereinsmitglieder fand.

Durch die vorgeschriebene Neuwahl wurde die gesamte Vorstandschaft in ihren Ämtern wieder bestätigt. 1. Vorsitzender bleibt somit Stefan Anderer, 2. Vorsitzender Andreas Reiser, Schriftführer Albin Axtmann und Kassier Josef Schaar.

In der anschließenden Aussprache wurde angeregt, in einer außerordentlichen Generalversammlung wichtige Fragen der Obstbaumpflege und der Schädlingsbekämpfung vor einem größeren Kreis zu behandeln. Ferner wurde bemängelt, daß die letzte Spritzung nicht mit der notwendigen Sorgfalt durchgeführt worden sei und angeregt, daß bei der nächsten Spritzung nur gut ausgebildetes Personal beauftragt werde, um jeden unnötigen Verbrauch der Schädlingsbekämpfungsmittel zu vermeiden. Dennoch wurde auch hierbei festgestellt, daß der Erfolg schon durchaus erfreulich und bei weiterem sachgemäßem Einsatz der Spritzung recht erfolgreich sein werde. Um das Interesse der Obstbaumbesitzer wachzurufen, sollen weitere Spritzungen zunächst nur in einigen Gewannen durchgeführt werden, damit der Unterschied zwischen gespritzten und ungeschützten Bäumen für jedermann klar erkennbar sei. Man hofft so, mehr Teilnahme für dieses wichtige Teilgebiet der Landwirtschaft zu erwecken, zumal die Generalversammlung leider auch nur sehr schlecht besucht war.

Die Grüße von Obstbauinspektor Groß überbrachte Kreisbaumwart Röll, der abschließend über allgemeine Fragen des Obstbaus sprach.

Im Alter von 83 Jahren verstarb Frau Maria Heller, geb. Fricker. Die Verstorbene, eine vertriebene Ungarndeutsche aus Zsambek, hatte in ihren alten Tagen in Ehenrot eine neue Heimat gefunden. Unter großer Anteilnahme fand sie am Dienstag auf dem schönen Ehenroter Friedhof ihre letzte Ruhestätte.

Die Ortsgruppe Ehenrot des Verbandes der

Kriegsbeschädigten hält am Freitag, 15. Febr., 19.30 Uhr im „Hirsch“ seine Jahreshauptversammlung ab, bei der der Kreisgeschäftsführer Schlotterer über wichtige Fragen der Kriegsopferversorgung sprechen wird.

Auch der Turn- und Sportverein Ethenrot hält am Wochenende seine Generalversammlung ab. Die Vereinsleitung hat die Versammlung auf Sonntag, 17. Febr., 14.30 Uhr im „Hirsch“ festgesetzt.

Bericht aus Speffart

Speffart. Die Generalversammlung des Vereines der Körperbeschädigten und Hinterbliebenen fand am Sonntagabend im „Strauß“ statt. Der Vorstand konnte zahlreiche Mitglieder begrüßen. Geschäfts- und Kassenbericht konnten schnell erledigt werden. In diesem Jahr ist ein Sommernachtsfest geplant, während von einem Ausflug Abstand genommen wurde. Der Maskenball wurde auf kommenden Samstag, 16. Febr., festgelegt.

Überall Kampf mit den Schneemassen

Verkehr durch Einsatz von Kolonnen aufrecht erhalten

Freiburg (sw). Die Bundesbahn hat in den letzten Tagen im Kampf mit dem Schnee und den Schneeverwehungen geradezu übermenschliche Leistungen vollbracht. Auf der Höllentalstrecke von Freiburg nach Neustadt und auf der Dreiseenbahn vom Tüfsee nach Seeburg am Schluchsee sind 5000 Schneeschauer und Streckenarbeiter eingesetzt, die freiwillig bis zu 20 Stunden am Tage arbeiten, um die Schneemassen vom Bahnkörper zu räumen. An technischen Hilfsmitteln stehen auf beiden Strecken nur zwei Schneepflüge zur Verfügung. Die einzige Schneeschleuder Südbadens mußte auf der Schwarzwaldbahnstrecke Offenburg-Villingen eingesetzt werden. An allen Stellen, an denen der Schnee infolge der Enge des Tales nicht die Böschung hinunterbefördert werden kann, sowie auf den Bahnstationen muß die „weiße Pracht“ auf Güterwagen geladen und weggeführt werden. Allein auf der Höllentalstrecke wurden in den letzten Tagen mehrere hundert Waggons Schnee abtransportiert. Große Schwierigkeiten bereitet auch die Freihaltung der Signalleitungen, die eineinhalb bis zwei Meter hoch vom Schnee zugedeckt sind. Nur diesen Anstrengungen ist es zu verdanken, daß der Verkehr auf der Höllentalstrecke — von einigen Zugverspätungen abgesehen — bisher aufrechterhalten werden konnte. Lediglich auf der Dreiseenbahn war der Verkehr am Dienstag längere Zeit unterbrochen, weil eine Maschine durch das Gewicht der Schneemassen aus den Geleisen gehoben worden war.

Im Bereich der Oberpostdirektion Freiburg mußten wegen der starken Schneefälle auf den Schwarzwaldbahnen weitere Kraftpostlinien eingestellt werden. Dagegen konnte der Linienbetrieb auf den Strecken der Rheinsebene ohne Einschränkungen aufrechterhalten werden.

Lawinen werden weiterhin zu Gräbern Bis jetzt 72 Todesopfer — Dörfer mußten geräumt werden

Oberstdorf (UP). Der weiße Tod hat in diesem Winter insgesamt 72 Menschenleben gefordert. Die Lawinen- und Schneesturmgefahr ist nach Ansicht der Wetterdienste noch lange nicht vorüber. Die Zahl der Opfer der Lawinenkatastrophe von Melkódé hat sich auf 20 erhöht, nachdem die deutsche Skiläuferin Fräulein Mathilde Lettlin ihren Verletzungen erliegen ist. In Lautsch (Österreich) arbeiteten die ganze Nacht über Rettungsmannschaften bei Fackelbeleuchtung, um das Haus freizulegen, in dem — wie bereits gemeldet — ein Ehepaar und vier Kinder vom Schnee verschüttet worden waren. Es gelang jedoch nur, das Ehepaar und den 12jährigen Jungen zu retten. Die drei anderen Kinder im Alter von 4, 6 und 10 Jahren, konnten nur hoch tot geborgen werden.

Im Allgäu wurde ein mit fünf Personen besetzter Pferdewagen von Schneemassen begraben. Vier Personen konnten sich retten. In der Nähe von Obergurgl (Österreich) wurde ein englischer Skiläufer von einer Lawine erfaßt und getötet.

Auch in der Schweiz gingen neue Lawinen nieder. Im Val Murals in der Nähe von Pontresina wurde eine Gruppe Wintersportler von einer Lawine überrascht. Während sechs Skiläufer und ihr Lehrer gerettet werden konnten, wurde eine 32 Jahre alte Frau von den Schneemassen getötet. Eine andere große Lawine zerstörte beim Briener Rothorn einige Gebäude. Ein Schweizer Polizist starb bei Rettungsübungen in der Nähe von Bern an einem Herzschlag. Die Dörfer Riesenstalden und Innerthal mußten geräumt werden, da sie von überhängenden Schneefeldern bedroht sind, die sich jeden Augenblick losrei-

Kadfahrer, schützt Euer Leben!

Fahrer mit Schlußlichtern versehen!

Nach der Straßenverkehrsordnung haben Fahrer rote Schlußlichter zu führen. Diese Bestimmung konnten wegen Materialknappheit teilweise nicht eingehalten werden.

Jetzt sind wieder Schlußlichter zu führen.

Rückstrahler allein genügen nicht!

Von 14258 Verkehrsunfällen im Jahre 1951 sind 1716 durch Kadfahrer verursacht worden.

Sei!t Unfälle verhüten!

Es geht um Eure Sicherheit!

Zwei Todesopfer durch Unfall

Zusammenstoß von PKW und Lastwagen Heilbronn (wb). Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Personenkraftwagen am Ortsausgang von Fürfeld im Kreis Heilbronn wurde ein in dem PKW mitfahrender achtjähriger Junge aus Weinheim getötet. Der Fahrer des Wagens, ein ebenfalls aus Weinheim stammender 41jähriger Ingenieur und seine Mutter mußten schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden, wo der Fahrer wenig später seinen Verletzungen erlag. Es wird angenommen, daß der Personenkraftwagen wegen zu hoher Geschwindigkeit in einer leicht vereisten Kurve auf die linke Straßenseite geriet und dem Lastkraftwagen nicht mehr rechtzeitig ausweichen konnte.

Sport-Nachrichten der EZ

FC Busenbach — Frankonia Stupferich 0:0

Bei wenig idealem Fußballwetter wurden die Anhänger des FC Busenbach, die ein schönes Fußballspiel zwischen den benachbarten Vereinen zu sehen wünschten, schwer enttäuscht, vor allem nach den vorsonntäglichen Leistungen in Bruchhausen, wo die B. Elf durch die unverständlichen Entscheidungen des sonst zufriedensstellenden Schiedsrichters um den Sieg gebracht wurde. Es war der Platzelf versagt, an ihre in der Vorrunde bei den Gästen aus Stupferich gezeigten Leistungen und dem 5:2-Sieg damals anzuknüpfen. Wenn eine Entschuldigung gelten soll, so war es das hartgefrorene Spielfeld, das an beide Mannschaften große körperliche Anforderungen stellte. Erstauflinienweise fanden sich die kompromittierten spielenden Gäste besser mit dem Spiegelparkett ab als die Einheimischen, die zu unständig und zu durchsichtig operierten. Es braucht kein Geheimnis zu bleiben, bei unserer Mannschaft stimmt etwas nicht, ein Bremsklotz macht sich nur allzu deutlich bemerkbar. Die so notwendige sportliche Kameradschaft, die die Elf zu einer Einheit zusammenschweißen soll, ist nicht vorhanden. Man kann dieses Spiel als ein Spiel der jeweiligen Tormänner bezeichnen, die diesen Kampf mit dem 0:0 entschieden. Sie standen 90 Minuten lang im Brennpunkt des Spielgeschehens. Immer stand mal dem einen, dann dem andern das Glück zur Seite. War er schon geschlagen, so verschoß der Stürmer freistehend die klarste Sache. Man kann zum Schluß konstatieren: zwei gleichwertige Mannschaften teilten sich die Punkte. II. Mannschaften 5:1 für Busenbach, A-Jugend gegen Spielberg 5:1. e.

IOC will nochmals vermitteln

Der Vollzugsausschuß des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) wurde von der Hauptversammlung beauftragt, einen neuen Vermittlungsversuch zur Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft für die Olympischen Sommerspiele in Helsinki zu unternehmen. Nach einem Beschluß des Exekutiv-Komitees soll für die Auswahl einer gesamtdeutschen Mannschaft ein ost-west-deutscher Ausschuß gebildet werden, dem der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Dr. Ritter von Halt, vorstehen wird. Der Ausschuß soll aus je drei Vertretern Ost- und Westdeutschlands bestehen. Es wurde vorgeschlagen, die Ausschüdsmitglieder für eine gesamtdeutsche Mannschaft an einem Tag im Olympia-Stadion in Berlin abzuhalten. Der Kanzler des Internationalen Olympischen Komitees, Otto Mayer, erklärte im Anschluß an die Hauptversammlung des IOC in Oslo, eine getrennte Teilnahme ostdeutscher Sportler bei den Olympischen Sommerspielen in Helsinki sei nicht möglich, da sie nicht den internationalen Sportverbänden angehören. Die Kosten für die Entsendung einer gesamtdeutschen Mannschaft müßten entsprechend der Teilnehmerzahl zwischen Ost- und Westdeutschland aufgeteilt werden. Den in ihrem Hotel wartenden Vertretern des Olympischen Komitees der Ostzone wurde dieser Beschluß in einem formellen Brief übermittelt.

ein ost-west-deutscher Ausschuß gebildet werden, dem der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Dr. Ritter von Halt, vorstehen wird. Der Ausschuß soll aus je drei Vertretern Ost- und Westdeutschlands bestehen. Es wurde vorgeschlagen, die Ausschüdsmitglieder für eine gesamtdeutsche Mannschaft an einem Tag im Olympia-Stadion in Berlin abzuhalten. Der Kanzler des Internationalen Olympischen Komitees, Otto Mayer, erklärte im Anschluß an die Hauptversammlung des IOC in Oslo, eine getrennte Teilnahme ostdeutscher Sportler bei den Olympischen Sommerspielen in Helsinki sei nicht möglich, da sie nicht den internationalen Sportverbänden angehören. Die Kosten für die Entsendung einer gesamtdeutschen Mannschaft müßten entsprechend der Teilnehmerzahl zwischen Ost- und Westdeutschland aufgeteilt werden. Den in ihrem Hotel wartenden Vertretern des Olympischen Komitees der Ostzone wurde dieser Beschluß in einem formellen Brief übermittelt.

Strafen für „Schwarze Fußballsonntag“

Die Sprechkammer der Vertragspielerklassen Süddeutschlands hat harte Strafen für den als „Schwarzer Fußballsonntag“ bekanntgewordenen 3. Februar verhängt. Herbold (Waldhof Mannheim) wurde wegen unsportlichen Verhaltens zu einer Geldstrafe von 20 DM verurteilt. Eckert (VfR Mannheim) wurde wegen Täuschlichkeit zwei Monate vom Spielverkehr ausgeschlossen. Giller (Viktoria Aschaffenburg) erhielt wegen Täuschlichkeit eine Sperre von zweiwöchentlichen Monaten. Der 1. FC Pforzheim erhielt wegen Verletzung der Aufsichtspflicht Platzsperre für ein Heimspiel. Bantle (FC Freiburg) erhielt wegen unsportlichen Verhaltens eine Sperre von zwei Wochen. Zollner (TSV Straubing) wurde wegen Nachschlagen ohne Ball für zwei Monate gesperrt. Götz (SV Wiesbaden) erhielt wegen unsportlichen Verhaltens eine Sperre von einem halben Monat. Der 1. FC Bamberg wurde wegen Vernachlässigung der Platzdisziplin zu einer Geldstrafe von 100 DM verurteilt.

Burgbacher Meister im 50-km-Lauf

Am Schlußtag der Deutschen Nordischen Skimeisterschaften von Braunlage konnte beim 50-km-Dauerlauf der Titelverteidiger, der 27jährige Landbriefträger Oskar Burgbacher (SKinnsf. Breda), einen großartigen Schlußgriff des Schellenberger Grenzpolisten Ludwig Angerer abwehren und nach 4:04:11 Stunden als Sieger durch das Ziel gehen. Angerer benötigte 4:07:20 Stunden, 3. Eugen Schweizer (Hofgrund) 4:07:31, 4. Michael Anderl (Bad Tölz) 4:11:57, 5. Wilhelm Ehrenberg (Altenau) 4:12:33 Stunden.

Deutsche Ski-Hochschulmeisterschaften

Am Wochenende wurden die Deutschen Ski-hochschulmeisterschaften 1952 auf den Oberammergauern Rennstrecken ausgetragen. Im Langlauf über 14 km auf vorwiegend nordischer Strecke war dem deutschen Vorjahrsieger, Horst Jäger, mit 53:57 Minuten der Titel nicht zu nehmen. 2. János Novák (Jugoslawien) 54:13, 3. Jürg Marquet (Schweiz) 55:40. In der Alpinen Kombination der Damen konnte sich Hilde Quast (Deutschland) durch ihren Torlauf mit der Gesamtnote 5:36 den Sieg vor Helga Gärtner (Deutschland) mit Gesamtnote 9:16 sichern. In der 4x8-km-Staffel siegte die deutsche Mannschaft der Universität Freiburg mit 2:11:57 Std. knapp vor den Jugoslawen (2:12:16). Die Viererkombination gewann mit starkem Vorsprung und 900 Gesamtpunkten Bjørne Arentz (Norwegen) vor dem deutschen Vorjahrsieger Otto Acker mit 828,88 Punkten. Den Spezialtorlauf gewann bei den Herren überlegen der Norweger Arentz mit 134,6 Sekunden vor Hans Roth (Deutschland) 138,6 Sekunden, 3. C. Stengel (Deutschland) 144,5 Sek. Bei den deutschen Damen distanzierte Hilde Quast mit 152,2 Sekunden klar ihre Konkurrentin Helga Gärtner (Deutschland). Im Abfahrtslauf der Damen siegte überraschend Lieselotte König (Deutschland) mit 1:24,2 vor den beiden Favoritinnen Helga Gärtner und Hilde Quast. Den Kombinationsprunglauf gewann überlegen Bjørne Arentz mit zwei-mal 34 m, Note 220,5, vor Otto Acker und Jozse Gregori (Jugoslawien). Seine hervorragende Sprungleistung sicherte Arentz den Sieg in der Nordischen Kombination (Gesamtnote 447,6) vor Jozse Gregori und Horst Jäger. Trotz überlegenen Sieges im Kombinationslauf kam Arentz in der Alpinen Kombination mit Gesamtnote 2:78 nur auf den zweiten Platz nach dem Abfahrtsieger Hans Roth (Deutschland), Gesamtnote 0:90.

Rheinwasserstand am 13. 2.: Konstanz 270 (+3) Rheinfeiden — (-) Breisach 232 (+100) Straßburg 296 (+85) Maxau 424 (+31) Mannheim 310 (+43) Caub 232 (+31)

Wettervorhersage

Donnerstag bei zeitweise auflockernder Bewölkung im wesentlichen niederschlagsfrei, gebietsweise Nebel. Temperaturen auch in tieferen Lagen kaum über null Grad. Freitag überwiegend stark bewölkt und neue Schneefälle. In der Nacht noch leichter bis mäßiger Frost. Tagestemperaturen etwas über null -1 ansteigend.

Thermometerstand (heute früh 8 Uh.): -5° Barometerstand: Veränderlich

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Etlingen, Schöll-bronner Straße 5, Telefon 187 Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 713

Der Kenner lobt, der Zweifler probt: BADENIA-PUTZOEL das angenehm riechende Reinigungsmittel für gewachste Böden jeder Art. Ohne Wasser, Seife und Späne anwendbar. Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Telef. 290

Wer zieht v. Etlingen n. Langensteinbach? Tausch 3 Zimmer und Küche. Angebote unter Nr. 476 an die EZ. VERSCHIEDENES ZU VERKAUFEN Hühner 1950er und 1951er, schwarze Rheinländer mit Rosenkamm, daher kein erfrieren, gute Leger, 1 Paar 1951er deutsche Pekingenten, 1 Paar Zwerghühner, 2 Puten zu verkaufen, Waldsburg, Etlingen, Hinterer Friedhof. 2 Betten, 2 Roste, 1 Schrank, 2 Nachttische, 1 Waschkommode, 1 Matratze, zweiteilig, Scheffelstraße 37, part. Reiseschreibmasch., Olympia, neuw., für 330 DM zu verk. Zu erf., unter 467 in der EZ

Lastenausgleich in der Entscheidung Ober Aufbringung und Verwendung eines Vermögenswertes des deutschen Volkes in Höhe von 60 Milliarden DM spricht Herr Bundestagsabgeordneter Leibfried am Freitag, den 15. Februar, 20.00 Uhr im Saale des Gasthauses zum „Hirsch“ in Etlingen. Hierzu ist die Bevölkerung Etlingens freundlichst eingeladen. CDU Etlingen

Umschau in Karlsruhe

Sprengstoff-Anschlag noch ungeklärt
Verdacht fällt auf einen jungen Mann
 Karlsruhe (UP). Zu dem geheimnisvollen Sprengstoff-Fund in der Toreinfahrt des Bundesverfassungsgerichts gab die Karlsruher Kriminalpolizei weitere Einzelheiten bekannt. Danach enthielt die aufgefundenen Kakao-Büchse amerikanischen Fabrikats etwa 500 Gramm eines aus zwei Chemikalien zusammengesetzten hochexplosiven Sprengstoffes. Der Täter habe anscheinend damit gerechnet, daß ein die Toreinfahrt passierender Wagen den Sprengstoff zur Explosion bringen werde. Hinweise darauf, ob der Anschlag einer bestimmten Person aus den Kreisen des Bundesverfassungsgerichts galt, seien nicht ersichtlich.
 Wie der mit der Untersuchung beauftragte Kriminalrat betonte, könne es sich kaum um einen Anschlag auf das Gebäude des Bundesverfassungsgerichts gehandelt haben, weil der Sprengstoff nicht in einem geschlossenen Raum, sondern in der nach beiden Seiten offenen Toreinfahrt explodiert wäre. Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen handelt es sich bei dem Täter anscheinend um einen jungen Mann, der zur fraglichen Zeit in der Toreinfahrt des Bundesverfassungsgerichts gesehen wurde. Der Beschreibung nach war er 170 bis 175 cm groß, schlank, mit auffallend schmalen Gesicht. Er trug eine Hornbrille mit wahrscheinlich schwarzem Rand. Seine Garderobe bestand aus einem graumelierten Wintermantel (Raglanschnitt) mit sehr breiten, wattierten Schultern. Als Kopfbedeckung trug er einen sogenannten „Homburger“ von grauer Farbe mit dunklem Einfaßband und hochgebogener Krempe.

Sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt die Städt. Kriminalpolizei Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 15, Zimmer 12 und 28, Tel. 6090, Hausapparat 211 und 249, oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

Die Landesliste der DG-BHE

Karlsruhe (Isv). Die Deutsche Gemeinschaft-BHE in Württemberg-Baden hat in einer Delegiertenversammlung die Landesliste für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes aufgestellt. Auf der Liste stehen an erster Stelle: Dr. Ott, Bundestagsabgeordneter, Edlingen; 2. Dr. Mattes, Minister a. D., MdL, Stuttgart; 3. Schebeck, MdL, Arbeiter, Buchen; 4. Professor Dr. von Sievers, Hochschullehrer, Stuttgart; 5. Haun, MdL, cand. phil., Edlingen; 6. Ludwig, Kreisgeschäftsführer des LVD, Sinsheim/Baden; 7. Dr. Heinzmann, MdL, Landgerichtsdirektor, Stuttgart; 8. Rumrich, MdL, Konsultationsrat a. D., Ludwigsburg; 9. Müller, MdL, Angestellter, Ulm; 10. Klemm, Rechtsanwalt, Heidelberg.

Karlsruhe braucht 16,5 Millionen DM

Karlsruhe (Isv). Zur Lösung des Schulproblems und der Schulraumnot in Karlsruhe sind rund 16,5 Millionen DM notwendig, wurde in einer Sitzung des Stadtrates festgestellt. In Karlsruhe fehlen gegenwärtig noch rund 145 Schulräume. Zunächst ist geplant, in absehbarer Zeit eine Handelsschule zu bauen. Bisher hat Karlsruhe zur Behebung der Schulraumnot eine halbe Million DM Staatszuschüsse erhalten. Weitere 1,7 Millionen DM wurden aus eigenen Mitteln aufgebracht.

Lest die Ettliger Zeitung



Copyright by Carl Dunker, Berlin, durch Verlag v. Graberg & Gög, Wiesbaden

(31. Fortsetzung)
 „Aber das ist ja alles Wahnsinn! Ich habe mit der Tat nichts zu tun!“
 „Sie sind aber der einzige, der Interesse daran hatte, daß Thiele verurteilt, da Sie die Aufklärung des Neapel-Prozesses fürchteten. Thiele konnte, wie Sie selbst aussagten, einen Zeugen beibringen.“
 Ein qualvolles Lachen rang sich aus Thomas' Kehle. „Wenn Sie meinen, daß ich die Tat begangen habe, weil Thiele mich erpreßte — gut, verhaften Sie mich! Sie haben ja die Verdachtsmomente zusammen!“
 Riedler überlegte noch einmal. Es konnte kein Fehler in seiner Rechnung sein. Thomas Holten konnte das Geld nicht beschaffen, um den Erpresser zum Schweigen zu bringen. Wie Nöldecke bestätigt hatte, war der Versuch, es von seinem Vater zu erhalten, fehlgeschlagen. Anscheinend hatte Thiele den Montagabend als den letzten Termin bezeichnet. Er war in den Zirkus gegangen, um von Holten das Geld in Empfang zu nehmen. Nahm man noch die Erregung hinzu, in die Holten versetzt wurde, als er Breust und seine Braut zusammen sah, so rundete sich das Bild der Tat. Aufs äußerste gereizt ging Holten in den Zirkus zurück und traf mit Thiele zusammen.
 Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß — Holten sah den Reistock Orlando, der an der Wand lehnte — und schlug zu. Es handelt sich also um keinen Mord, sondern um einen Totschlag im Affekt. Nach der Tat verließ Holten den Zirkus. Dadurch wurde es auch erklärlich, daß er am Abend auf eine Aussprache mit Orlando verzichtete. Wie er selbst sagte, irrte er in den Straßen umher. „Ich muß Sie festnehmen, Herr Doktor Holten“, sagte Riedler leise. Thomas' Augen

Trauerfeier für Großherzogin Hilda

Beisetzung in der großherzoglichen Gruft

Badenweiler (ZSH). Am Mittwoch vormittag fanden in der evangelischen Pfarrkirche in Badenweiler die Trauerfeierlichkeiten für die verstorbene Großherzogin Hilda von Baden statt. Unter den zahlreichen Trauergästen befanden sich der badische Staatspräsident Wobbel mit einigen Mitgliedern des Kabinetts, Vertreter der Universität Freiburg, kirchliche Würdenträger, sowie Vertreter der Städte und Gemeinden. Auch die Besatzungsmacht war vertreten. Zahlreiche Angehörige ehemaliger fürstlicher Häuser, an der Spitze die Familie des Markgrafen Berthold von Baden, die fürstlichen Familien von Fürstenberg, von Hohenzollern, von Hohenlohe-Langenburg, von Leiningen, von Löwenstein, die Herzöge von Sachsen-Coburg und Sachsen-Weimar und viele Vertreter des badischen Adels gaben der Toten die letzte Ehre.

Nach der kirchlichen Feierstunde, an der die ganze Gemeinde Badenweiler und viele hundert auswärtige Besucher teilnahmen, wurden die sterblichen Überreste der Verstorbenen in einem mit den badischen Landesfarben geschmückten Kraftwagen nach Karlsruhe überführt, wo die Großherzogin beigesetzt wird.

Großherzogin Hilda wird in Karlsruhe in der am 29. Juni 1896 als Mausoleum eingeweihten gotischen Gruftkirche des großherzoglichen Hauses an der Seite ihres am 18. August 1928 verstorbenen Gemahls, dem letzten badischen Großherzog Friedrich II., beigesetzt. Die Kirche wurde von Architekt Hemberger aus rotem Mainsandstein des badischen Frankenlandes erbaut.

Auf der Fahrt durch Karlsruhe kam der Kraftwagen gestern etwa um 17 Uhr auf den Marktplatz und Schloßplatz, die beide so vieles von der badischen Geschichte erlebt haben. Die feierliche Beisetzung im Mausoleum fand heute vormittag um 11 Uhr statt. Bis dahin stellten markgräfllich badische Forstbeamte eine Ehrenwache. Das Spalier an der Zufahrt zum Mausoleum bilden heute u. a. die Polizei und das Rote Kreuz. Das Mausoleum mit der Gruft ist in diesen Tagen zwischen 14 und 16.30 Uhr geöffnet, um auch der Allgemeinheit Gelegenheit zu geben, von der letzten badischen Großherzogin Abschied zu nehmen. Die öffentlichen Gebäude haben heute halbmast geflaggt.

Die Parteien formieren sich

Noch knapp vier Wochen bis zur ersten Wahl

Zunächst ein „Überleitungsgesetz“

Nach den CDU-Parteitag von Heidelberg und Freiburg, die an den beiden letzten Sonntagen stattfanden, ist die politische Atmosphäre in Südwestdeutschland, das in den nächsten Wochen durch seinen Wahlkampf für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung im Mittelpunkt des innerpolitischen Geschehens der Bundesrepublik stehen wird, wieder klarsichtiger geworden. Die Bedeutung dieser Parteitage geht schon daraus hervor, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer es sich trotz der Wehrdebatte und trotz seiner Reise nach London nicht nehmen ließ selbst an den Besprechungen teilzunehmen. Die CDU in Nord- und Südbaden ist, zunächst zumindest äußerlich, wieder einig, nachdem sie monatlang „Säuberungen“ durchmachte. Sie wird eine einheitliche Organisation bilden und als badische CDU-Fraktion neben einer württembergischen in das Südwestparlament einziehen, um dort die badischen Belange — das wird immer wieder betont — besonders vertreten zu können. In der großen Linie will sie jedoch keinen Zentimeter von der Bundes-CDU abweichen.

Auch die anderen Parteien formieren sich: In den meisten Landesverbänden wurden bereits die Kandidaten nominiert, die in den nächsten Wochen die Gasthäuser und die Kundgebungshallen mit ihren Versammlungen unsicher machen wollen. Alle drei jetzigen Ministerpräsidenten, Maier, Müller und Wohlbeg gehören dazu. Die Parteien haben ihre „Programme“ bekanntgegeben: Die SPD tritt, wie zu erwarten, für einen Zentralstaat ein, die FDP legt besonderen Wert auf einen „Staatsaufbau von unten“, auf eine neue Gemeinde- und Kreisordnung, und die CDU, zumindest die badische, will auf keinen Fall auf Mittelinstanzen, Kommunalparlamente und Bezirksverwaltungen mit möglichst großer Selbstständigkeit verzichten. Das werden, auch wenn die SPD außerdem noch die Verteidigungsfrage aufrufen wird, die Hauptpunkte der Auseinandersetzungen sein.

Mittlerweile aber gehen die Arbeiten der bisher einzigen „Exekutive“ des neuen Staates, des Ministerrates, weiter. Die Geschäftsstelle in Stuttgart wurde beauftragt, Unterlagen für den zukünftigen Aufbau der Zentralbehörden in personeller und organisatorischer Hinsicht zu beschaffen, und schließlich wird von den drei Regierungen getrennt der Entwurf eines „Überleitungsgesetzes“ ausgearbeitet — Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern haben ihn bereits veröffentlicht, in Südbaden steht die Billigung durch das Kabinett noch aus — das der Verfassunggebenden Landesversammlung vorgelegt werden soll. Dieses Gesetz soll die Staatsmaschinerie in der verfassungslosen Zeit nach dem 9. März in Gang halten. Nach Gesprächen mit den Partnern zu urteilen, wird es dabei kaum zu wesentlichen Meinungsverschiedenheiten kommen, wie überhaupt bei den bisherigen Arbeiten eine gute Zusammenarbeit der ehemals feindlichen Brüder aus Baden und Württemberg festzustellen war. Beide Seiten bemühen sich, die unerfreuliche Vergangenheit nicht auch auf die gemeinsame Zukunft einfließen zu lassen, zumal die wirklichen Auseinandersetzungen erst in den späteren verfassungs- und gesetzgebenden Körperschaften kommen werden.

Hoffnungen und Wünsche

In Parteikreisen wird darüber hinaus bereits heftig über die künftige Konstellation diskutiert. Die Koalition in Württemberg-Baden — SPD und FDP — möchte die Zusammensetzung zu gerne in den neuen Staat hinübernehmen, und wenn die Krise in der CDU weiter angehalten hätte, hätte sie die besten Chancen gehabt. So aber wird auch die CDU sich um die Verantwortung bemühen, mit ihren starken Mehrheiten in den südlichen Landeshälften hat sie den dazu erforderlichen Ausgangspunkt. Der Wahlgang wird also auch in Bezug auf die Bundespolitik, lehrreich sein.

Aus der badischen Heimat

Der Taximord vor der Aufklärung

Lückenloser Indizienbeweis liegt vor
 Mannheim (Isv). Die Mannheimer Kriminalpolizei gab bekannt, daß der in der Nacht vom 12. zum 13. Januar begangene Mord an dem 46jährigen Mannheimer Taxichauffeur Bauer mit größter Wahrscheinlichkeit vor der Aufklärung steht. Der mutmaßliche Täter, ein am 23. Januar festgenommener 27jähriger Deutscher, habe zwar noch kein Geständnis abgelegt, doch liege ein fast lückenloser Indizienbeweis vor.
 Der Tatverdächtige war zusammen mit 11 anderen Personen am Mannheimer Bahnhof festgenommen worden und fiel besonders dadurch auf, daß er an der linken Hand und an der Nase Kratzwunden hatte. Im Lauf der Vernehmung verstrickte er sich in mehrere Widersprüche und konnte für die Zeit von 0.20 bis 2.00 Uhr, in der Bauer ermordet wurde, kein stichhaltiges Alibi erbringen. Außerdem wurden an seinem Mantel und an seiner Hose Blutspuren festgestellt, die zu der sehr seltenen Blutgruppe des Ermordeten gehörten. Der Verdächtige, dessen Name noch nicht bekanntgegeben wurde, stammt aus Norddeutschland und ist mehrfach vorbestraft.

Zweiter Taxiüberfall aufgeklärt

Wie die Kriminalpolizei bekanntgab, führten die Ermittlungen in der Mordsache Bauer zu der Aufklärung eines anderen Taxiüberfalles, der in der Nacht vom 11. auf 12. Dezember 1931 unter ähnlichen Umständen begangen worden war. Damals war der 27jährige Taxifahrer Günther Belling von zwei 20 und 23 Jahre alten Jugendlichen aus Mannheim stranguliert und bewußtlos geschlagen worden. Die beiden Täter haben inzwischen ein umfassendes Geständnis abgelegt. Die Kriminalpolizei hält es für möglich, daß zwischen den beiden Überfällen ein Zusammenhang besteht. Außerdem konnten im Verlauf der Ermittlungen in der Mordsache Bauer 28 weitere Vergehen und Verbrechen aufgeklärt werden, darunter ein Diebstahl von Schmuckstücken im Wert von 25 000 DM. Ferner wurden 10 von der Polizeifahndung gesuchte Personen festgestellt.

Schmuggel auf Rheinschiffen

Mannheim (ZSH). Der Schmuggel auf dem Rhein zwischen Mainz und Maxau auf dem Rhein zwischen Mainz und Maxau scheint bald größer zu sein, wie an der Grenze in der Westpfalz. Diese Feststellung mußte auf Grund verschiedener in letzter Zeit durchgeführten Fahndungen das Hauptquartier Ludwigshafen treffen. Ludwigshafen spielt dabei die Rolle des Mittel- und Ausgangspunktes des Schmugglerwesens. In erster Linie wurden durch Matrosen und Ausländer größere Mengen alkoholischer Getränke und ausländischer Tabakwaren gehandelt. Mit englischen Mitteln wird die Zollfahndung diesem Schmugglerwesen entgegengetreten.

Peter Kreuder im Pech

Baden-Baden (Id). Nach seinen Mißerfolgen in Heidelberg und Karlsruhe hatte der bekannte Schlagerkomponist Peter Kreuder auch in Baden-Baden wenig Glück. Kreuder, der erst vor wenigen Wochen nach Deutschland zurückkehrte, hat sich eine Kapelle zugelegt, die nur wenig attraktiv ist und sich neben Kurt Edelhagen, der im ersten Teil des Programms auftrat, kaum sehen und hören lassen kann. Peter Kreuder brachte es fertig, eine ganze Stunde lang zu spielen, ohne dem Publikum anzusetzen, um was es ging. Als sein Orchester einmal eine Pause einlegte und die Bühne verließ, verließ auch das Publikum den Saal, ohne sich von dem Klaviervirtuosen Kreuder zurücklocken zu lassen.

weiteten sich in stummem Staunen. Die tragende Hand des Schicksals hatte ihn erreicht. Wortlos zog er seinen Mantel an. „Bitte“ erwiderte er mit spröder Stimme, „ich stehe zu Ihrer Verfügung.“

XIX.

„Nein“, meinte Dr. Krüger ruhig, „bestimmt nicht. Sie würde zugrunde gehen, Willi. Sie wäre gar nicht mehr imstande, sich Ihre Nahrung selbst zu suchen. Es ist besser für Lene, sie bleibt eine Gefangene.“ Der Zwerg fuhr sich mit der Hand über das schöne, dicke Haar auf seinem ausladenden Schädel. „Wir sind alle Gefangene“, erwiderte er in einem so düsteren Ton, daß Dr. Krüger aufhorchte. Er kannte die Melancholie des Zwerges und begriff sie. „Du hast recht, Willi. Wir sind alle Gefangene unseres Körpers.“ Voller Mitleid blickte er auf den Menschen hinunter.
 Willi lächelte matt. „Ich weiß, was Sie meinen, Doktor. Aber das ist es nicht. Das wäre nicht schlimm, denn aus unserem Körper können wir uns ja befreien. Das Schlimmste ist, daß wir Gefangene unserer Gedanken sind. Meine Gestalt kann ich vergessen, aber meine Gedanken nicht. Gedanken sind das eigentliche Ich des Menschen.“
 Der Arzt lachte gezwungen. „Du willst wohl Valenci Konkurrenz machen, Willi? Der hat auch immer so weise Sprüche. Zerbrich dir nicht den Kopf über solche Dinge. Lene kann bald wieder auftreten. Na — fein, wie? Du solltest jetzt ein heiteres Lied singen. Hol doch deine Gitarre.“ Er rückte sich und reichte dem Zwerg die Hand; als er sich umdrehte, lachte sein Mund nicht mehr. Ich muß mal mit dem Direktor sprechen, überlegte er, der Willi wird melancholisch. Das ist schlimm bei normalen Menschen, bei Zwergen ist es gefährlich.
 Die Sonne neigte sich auf ihrer Bahn dem Westen zu. Es fing an kühl zu werden. Willi brachte die Schimpanse in ihren Käfig. Dann ging er langsam über das Feld. Ein fröhliches Lachen ließ ihn stehenbleiben. Vor dem Stalleingang spielte der Jongleur Ericen mit Jetta Ball. Es war ein ganz primitives Tennis. Sie hatten sich eine Leine von einem Wagen zum andern gezogen und schlugen die leichten Bälle mit hölzernen Ping-Pong-Schlägern einander zu.
 Die scheidende Sonne schien dem Clown mit rotem Schein ins Gesicht. Er blinzelte. Dann hoppelte er weiter. Er wollte mit Va-

lenci reden. Valenci war der einzige, der einen trüsten konnte. Er schob sich seitwärts die für ihn hohen Stufen zum Wohnwagen hinauf und klopfte.
 „Herein!“ rief Valenci und sah auf. „Ah — Herr Kollege“, meinte er in seiner freundlich-spöttischen Art. „Das ist nett. Setz dich, Willi. Muschi wird gleich den Kaffee bringen. Trinkst du eine Tasse mit?“
 Willi nickte und kletterte auf einen Stuhl. Stumm sah er Valenci zu, der mit unendlicher Sorgfalt an dem alten Kostüm nähte, in dem er abends in der Manege arbeitete. Es war bekannt, daß niemand es berühren durfte. „In ihm steckt der Zauber meines Humors. Es ist wie ein afrikanischer Fetisch. Wenn ihn eine fremde Hand berührt, wird er böse“, pflegte er zu sagen. Die Nadel mit dem Faden fuhr auf und nieder. „Man muß sehr sparen“, seufzte er theatralisch, „das Leben ist teuer. Alles sollte man allein machen. Da habe ich heute eine Rechnung bekommen — von meinem Landhaus am Bodensee. Man hat eine zweite Etage aufgestockt. Wenn ich nicht mehr arbeiten kann, will ich mich da zur Ruhe setzen.“
 Er spitzte die Lippen, um den Faden anzufeuern, den er neu einfädeln wollte. „Ich mache ein Artistenheim auf, wenn ich mich zur Ruhe setze. Jeder muß bei mir arbeiten im Feld, oder im Garten, oder als Fischer. Wie er eben Lust hat. Dafür hat er freie Pension. Weißt du, sonst werden die alten Artisten gatterig und kriegen sich in die Wolle. Du bist auch eingeladen, zu mir zu ziehen, Willi. Du sorgst für die Unterhaltung.“ Der Riß war säuberlich zusammengeheftet. Valenci biß den Faden ab, stand auf und hing das Kostüm an den Haken. „Warum lachst du nicht, Clown? Kann dich der dumme August nicht mehr lächeln machen? Du solltest zu mir kommen, wenn es mit deiner Lene...“ Seine kurzschichtigen, alten Augen waren dicht vor dem großen, bedrückten Gesicht des Zwerges. „Kummer, kleiner Kollege? Mach dir nichts draus. Brauchst mir nichts zu erzählen. Ich höre Jetta lachen. Freue dich, daß sie glücklich ist. Soll ich dir ein Buch leihen?“ (Forts. folgt.)

AUS UNSERER HEIMAT

Die Geschichte eines Herzogtums 600 Jahre Grenzstadt Zweibrücken

Zweibrücken an der Dreiländerecke rüstet sich, im Sommer durch eine Reihe von Jubiläumsvorstellungen den Tag festlich zu begehen, an dem ihr vor 600 Jahren, am 16. April 1352, durch König Karl IV. eine bedeutsame Erweiterung ihrer Stadtrechte zuteil wurde. Zwar wird Zweibrücken im 12. Jahrhundert urkundlich erwähnt, in einer Zeit, in der die Grafen von Saarbrücken hier am Zusammenfluß zweier Wasserläufe eine Burganlage besaßen aber die eigentliche Zeit der Stadtwerdung selbst ist in Dunkel gehüllt. Die erwähnte, aus dem Jahr 1352 stammende Urkunde König Karls, ausgestellt in Weiswasser (Böhmen) gilt daher als erster historischer Nachweis der Verleihung wichtiger Stadtprivilegien.

Zur Erinnerung an dieses Ereignis bereitet jetzt ein städtischer Ausschuß unter Vorsitz von Oberbürgermeister Roth eine würdige Feier vor. Gedenkakt, Festzug, Ausstellungen, Pferderennen, Kongresse werden Mittelpunkt sein. Hierzu tritt die wechselreiche, interessante und auch internationale Geschichte Zweibrückens in den Vordergrund. Der letzte der Zweibrücker Grafen aus Saarbrücker Geschlecht hatte 1385 sein Besitztum an den zwei Brücken an Kurfürst Ruprecht I. von der Pfalz verkauft. Dem Sohn dieses Ruprecht fiel 1410 das Herzogtum Zweibrücken zu, der ab 1645 hier Residenz bezog.

Mit den Zweibrücker Herzögen aus Wittelsbacher Geschlecht blieb die Stadt Jahrhunderte hindurch verbunden, bis ins Jahr 1792, als der letzte regierende Herzog von Zweibrücken Karl II. infolge der politischen Ereignisse in Frankreich von seinem Prachtsschloß in Homburg (heute Saargebiet) flüchten mußte. Sein Nachfolger im unter französischer Hoheit stehenden Herzogtum, das er nicht mehr betreten konnte, wurde Max Josef I., unter diesem Namen der erste König von Bayern (1796 bis 1825), der nach Befreiung seiner Stammlande von der Zweibrücker Bevölkerung bei einem Pfalzbesuch stürmisch gefeiert wurde.

Der Schwedenkönig Karl XII. aus der Kleeburger Linie der Wittelsbacher, war durch Erbschaft von 1697 bis 1718 zugleich Herzog von Zweibrücken, ein Besitztum, das er niemals erblickte, aber durch schwedische Gouverneure verwaltet ließ. Seinem politischen Schützling, dem vertriebenen Polenkönig Stanislaus Leszczyński, dem späteren Schwiegervater eines französischen Königs, bot Karl XII. von 1714 bis 1719 ein Asyl in Zweibrücken, wo sich ein lebhaftes Residenzgetriebe entfaltete. In der im März 1945 bombardierten Alexanderkirche hatte eine ganze Reihe Zweibrücker Fürstlichkeiten ihre letzte Ruhestätte gefunden, ebenso ruhte Georg Graf von Mönchengard, der Stammvater des württembergischen Königshauses, der Schwager eines Zweibrücker Herzogs, hier seit 1558.

Bemerkenswerte Beziehungen hat die Stadt auch zu Amerika. Im Jahr 1781 nahm ein Zweibrücker Regiment, Royal Deuxponts genannt, an der Seite der jungen nordamerikanischen Union am Befreiungskampf der Kolonie gegen England teil. Söhne des Herzogs Christian II. von Zweibrücken griffen an der Spitze ihrer jungen Mitkämpfer aus der Heimatstadt entscheidend in die Kämpfe ein, besonders bei den Gefechten um Yorktown, wo das Regiment dazu beitrug, daß sich etwa 8000 Engländer ergeben mußten. Die Erstürmung der Schanze von Yorktown durch das in französischen Truppenverbänden kämpfende Regiment ist in den USA noch unvergessen und in der Rotunde des Kapitols von Washington durch ein Gemälde der Schlacht (19. Oktober 1781) verewigt.

Heute führt die Stadt, die im Finale des zweiten Weltkriegs schwer angeschlagen wurde, zwei Brücken, Rose und Roß als Werbemittel, Symbole örtlicher Vergangenheit und Zukunft, die in eine schöner Zukunft führen sollen. Peter Loth



Wasser — eine Lebensfrage für Südwestdeutschland

Gewerbezentren leiden unter Wassermangel — Verbrauch wächst schneller als Bevölkerungszahl — Wege zur Abhilfe

Dieser Tage wurde in Stuttgart unter dem Motto „Südwest braucht Wasser“ eine Ausstellung eröffnet, die an Hand von statistischen und bildlichen Darstellungen Einblick in die Ursachen der Wasserknappheit gibt und Wege zu deren Überwindung aufzeigt.

Ohne Wasser gibt es kein Leben. So selbstverständlich diese Tatsache ist, so alarmierend wirkt der von Jahr zu Jahr spürbarer werdende Wassermangel in ausgedehnten Landteilen während der trockenen Jahreszeit. Die Wassermangelgebiete — man unterscheidet im einzelnen neun verschiedene Bezirke in Nord- und Südwestdeutschland sowie in Südbaden — decken sich fast genau mit den Gebieten stärkster Gewerbetätigkeit und Bevölkerungsdichte. Das sind vor allem das nordwürttembergische Industriegebiet am mittleren Neckar von Heilbronn bis Reutlingen und das südwestwürttembergische Gewerbezentrum am oberen Neckar und der oberen Donau um Tuttlingen, Rottweil und Balingen, ferner das schwäbische Bodenseegebiet und einige Zipfel des südbadischen Schwarzwalds und des Hegaus.

Wasserbedarf je Kopf steigt

Hauptursache des Wassermangels ist die Bevölkerungszunahme, die in den letzten sechzig Jahren in Württemberg und Baden 86 Prozent, in den Wassermangelgebieten sogar 133 Prozent betrug. Den Ausschlag gab aber nicht der Wasserverbrauch in den Haushalten, sondern der gewerbliche Wasserverbrauch. Während nämlich auf dem Land der Wasserverbrauch etwa im gleichen Verhältnis wie die Bevölkerungszahl ansteigt, nimmt er in den städtischen Gebieten wesentlich schneller zu, was vor allem eine Folge des industriellen Bedarfs ist.

Der Wasserverbrauch beträgt heute im Landesdurchschnitt 80 bis 125 Liter je Tag und Einwohner, in Städten über 50 000 Einwohner aber bereits 200 Liter. In den nächsten dreißig Jahren ist eine Erhöhung des Wasserverbrauchs auf das Einzehnfache zu erwarten. Man hat ausgerechnet, daß im Jahr 1980 auf jeden Großstädter 350 Liter täglichen Wasserverbrauchs entfallen werden. Der Wasserbedarf in Württemberg und Baden wird in dreißig Jahren um 3 000 bis 4 500 Sekundensliter höher als heute sein.

Die Lösung: Fernwasserversorgung

Im Auftrag des Württemberg-Badischen Städteverbandes hat eine Studienkommission in mehrjähriger Arbeit die Grundlagen des Wasserversorgungswesens in Württemberg und Baden, die Ursachen des Wassermangels und die Möglichkeiten zur Erschließung neuer Quellen untersucht. Als Lösung hat die Kommission mehrere Projekte für Fernwasserversorgungen aus Überschußgebieten in die Wassermangelgebiete vorgeschlagen.

Die örtlichen Wasservorkommen (Quell- und Grundwasser) sind überall längst für die Wasserversorgung nutzbar gemacht worden. Verschiedentlich ist man schon dazu übergegangen, Flußwasser nach gehöriger Desinfektion unmittelbar ins Leitungssystem zu pumpen. So verbraucht beispielsweise Stuttgart neben dem aus eigenen Sammelbecken und von der Landeswasserversorgung stammenden Wasser eine ansehnliche Menge Neckarwasser, obwohl dieses infolge der Verunreinigung durch industrielle Abwässer nur bedingt verwendbar ist. Das System der Landeswasserversorgung ist bis heute die einzige Fernwasserversorgungsanlage Württembergs. Sie entnimmt ihr Wasser dem Grundwasserstrom des Donautales unterhalb Ulm und führt es über die Alb dem Mangelgebiet an Neckar und Fils zu.

Zunächst standen fünf Überschußgebiete für die Lieferung von Wasser nach Mittelwestdeutschland zur Wahl: das Rheintal der Schwarzwald-Donautal, das Illertal und der Bo-

densee. Auf alle diese Möglichkeiten erstreckten sich die Untersuchungen der Studienkommission.

Aus dem Rheintal könnten etwa 1 000 Sekundensliter Wasser gefördert werden. Der größte Teil davon wird jedoch später zur Eigenversorgung des Rheingebiets erforderlich sein. Dieses Projekt entfällt daher. Beim Schwarzwald dachte man an eine Ausnutzung des wasserreichen Eyach-Tales mittels einer Talsperre, die aber höchstens 750 Sekundensliter Wasser spenden könnte, womit dem dürstenden Württemberg nicht gedient wäre. Im Donautal, oberhalb von Riedlingen, wäre es möglich, 800 bis 1 000 Sekundensliter Grund- und Karstwasser zu gewinnen. Dabei handelt es sich allerdings um ein stark kalkhaltiges Wasser, das insbesondere für die Industrie ungeeignet ist. Man hat deshalb auch dieses Projekt nicht weiter verfolgt.

Illertal und Bodensee sollen helfen

Größere Vorteile bieten nur die beiden letzten Projekte. Im Illertal befindet sich in der Gegend zwischen Wörmann und Tannheim ein riesiges natürliches Grundwasserreservoir. Mit Hilfe von Brunnen will man hier etwa 1 000 Sekundensliter Wasser entnehmen und in einer Fernleitung über Ulm, Geislingen und Nürtingen zu einem künftigen Endbehälter am Schloß Solitude bei Stuttgart führen. Dieser Plan hat den Vorzug, daß auch in den Sommermonaten immer genug Wasser zur Verfügung stünde, da die Iller zu dieser Jahreszeit ihren höchsten Wasserstand hat. Freilich ist die Mächtigkeit des Wasservorkommens, das mit 47 Millionen cbm angegeben wird, noch nicht genau festgestellt.

Bei der Überwindung der Alb ergeben sich nur 100 Meter Anstiegsböhe. Die erforderliche Pumpleistung wäre damit geringer als bei den übrigen Projekten. Die Gesamtlänge der Leitung beträgt 110 km. Noch nicht geklärt ist die Frage, welche Haltung die Wasserwerksbesitzer und Bodeneigentümer an der Iller und der benachbarte bayerische Staat gegenüber der geplanten Grundwasseranwendung durch Württemberg einnehmen würden.

Da auch mit dem Illerwasser der zu erwartende Wasserbedarf Württembergs nicht gedeckt werden kann, bleibt nur noch ein Rückgriff auf das natürliche Wasserreservoir im Süden mit seinen nahezu 50 Milliarden cbm Inhalt übrig. In jeder Sekunde fließen aus dem Bodensee mindestens 100 000 Liter, durchschnittlich aber 365 000 Liter Wasser durch den Rhein ab. Die Entnahme von zunächst 1 000 Sekundenslitern, wie sie geplant ist, wäre also verschwindend gering und könnte fast unbeschränkt erhöht werden. An der Brauchbarkeit des Seewassers ist kaum zu zweifeln, da eine größere Anzahl von deutschen, schweizerischen und österreichischen Gemeinden ihr Wasser seit Jahrzehnten aus dem See entnehmen.

Es ist geplant, bei Sipplingen am Überlinger See ein Wasserwerk zu errichten, das in 40 bis 50 Meter Tiefe die erforderlichen Wassermengen aus dem See entnimmt. Für die Fernleitung stehen zwei Linien zur Wahl. Die kürzere würde bei 118 km Länge über Meßkirch, Gammertingen, Pfullingen und Metzlingen laufen. Aussichtsreicher ist aber eine um 30 km längere Umwegleitung durch das Neckartal, die das südwestwürttembergische Industriegebiet mit den Städten Tuttlingen, Trossingen und Rottweil berühren und über Hechingen und Tübingen zur Solitude weiterlaufen würde. Mit dieser Linienführung könnten kostspielige Quer- und Verbindungsleitungen eingespart werden. Es wäre sogar möglich, schon während des Baues etappenweise die einzelnen Gebiete anzuschließen. Die Pumphöhe zur Überwindung der Alb beträgt bei diesem Projekt 370 m, so daß also ein stärkeres Pumpwerk bei entsprechend höheren Betriebskosten erforderlich wäre.

Die Ausführung des Bodensee-Projekts mit der Linienführung über Rottweil würde bei vierjähriger Bauzeit etwa 106 Millionen DM kosten. Das Illertal-Projekt wäre sogar noch um einige Millionen DM teurer. In jedem Fall würden sich diese Anlagen aber dadurch bezahlt machen, daß sie das Land von seiner verhängnisvollen Wassernot befreien. H. S.

Aus Odland ward ein Garten Eden

Zwei interessante Gutshöfe am Rand des Rittnerthales

Rittnerthof und Lamprechtshof wurden vor 200 Jahren gegründet. Auf dem Höhenrücken des Turmbergs liegt am Rande des Rittnerthales der Rittnerthof. Vor 200 Jahren mag der Wald, der übrigens zu den schönsten Forsten im Umkreis der Stadt Karlsruhe gehört, sich noch weiter über die Hänge des Pfingstals erstreckt haben als heute. War doch der „Rutenhard“ im Mittelalter der Gemeindefriedhof der umliegenden Dörfer Grötzingen, Berghausen, Söllingen, Kleinsteinsbach und Stupferich. Am Rande dieses Waldes, auf der damaligen Durlacher Gemarkung, ließ sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Markgräfin Karoline Luise einen Gutshof anlegen. Im Jahre 1752 vermählte sich der badische Markgraf Karl Friedrich mit der Prinzessin Caroline Luise von Hessen-Darmstadt.

Von ihr berichteten die Historiker, daß sie eine der bedeutendsten Frauen des badischen Fürstenhauses gewesen sei. Karoline Luise hatte sowohl schöpferische als auch praktische Interessen. Sie ist die Begründerin der Landesausstellungen für Naturkunde, und sie richtete eine Gemäldesammlung ein, aus der die heutige Staatliche Kunsthalle hervorging. Neben dem Rittnerthof hatte sie noch mehrere Höfe in Pacht oder Besitz, und die Bewirtschaftung dieser Güter lag in ihren Händen. Vielleicht war das Land, das zum Rittnerthof gehört, das Hochzeitsgeschenk ihres Gemahls Karl Friedrich, der ja als eifriger Förderer der Landwirtschaft bekannt war. Jedenfalls wa-

re reizende Lage dieses schönen Flecks heimischer Erde am Waldrand auf Bergeshöhe über dem Pfingstal ebenso maßgebend als die landwirtschaftliche Nutzbarkeit. Bis über ihren Tod hinaus blieb der Rittnerthof fürstlicher Besitz. Die Zufahrtsstraße nach dem Dürrbachtal wurde noch zu Lebzeiten der Markgräfin gebaut.

Wenige Jahre nach ihrem Tode ging das herrschaftliche Hofgut um den Preis von 30 000 Gulden in den Besitz des Landwirts Bodemer von Feldrennach über, später wechselte es noch öfter den Besitzer. Seit einem Jahrzehnt betätigt sich Gutbesitzer Hansch mit Erfolg auf den verschiedensten Gebieten einer modernen Gutswirtschaft — Milcherzeugung, Hühnerfarm, Saatgetreidebau — auf dem landschaftlich so reizvoll gelegenen Rittnerthof.

Um die gleiche Zeit wie der Rittnerthof wurde durch den Durlacher Bürgermeister und markgräflichen Kammerherrn Lamprecht der nach ihm benannte Hof gegründet. Er erwarb das auf einer Anhöhe hinter der Stadt Durlach gelegene Odland und betrieb hier eine so erfolgreiche Landwirtschaft, daß in kurzer Zeit das einstige Brachland „in einen Garten Eden“ verwandelt wurde. Das war kein Wunder, denn Lamprecht galt als erfahrener Landwirt, der sich während seiner zwölfjährigen Amtszeit als Durlacher Bürgermeister um die Verbesserung des Wohlstandes seiner Gemeinde verdient machte. So ließ er die sumpfigen Wälder nördlich der Stadt in ertragreiche Wiesen verwandeln, machte viel Odland urbar und förderte den Obstbau. Der Durlacher Seidenbaukompanie ließ er seine Hilfe angedeihen, damals wurden auf der städtischen Gemarkung der einstigen Residenzstadt nicht weniger als 5 000 Maulbeerbäume gepflanzt.

Als Lamprecht am 22. Dezember des Jahres 1776 starb, erbte seine Nichte den Hof. Die Erbin war die Witwe des Obristleutnants von Stetten, die Tochter des Hofrats Johann Heinrich Lamprecht, der Leibarzt des Markgrafen Karl Wilhelm gewesen war. Nach ihm kam das Hofgut in den Besitz der Nachkommen des Geheimrats und Obervergts Wieland, die den „Fidelikommiß“ bis zum Jahre 1918 bewirtschafteten. Seitdem ist der Hof Eigentum der Familie Horsch, die schon seit dem achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Pächterfamilie hier wirkte.

Gräberfunde aus dem Mittelalter

Bei der Aushebung einer Grube für die Aufstellung des Narrenbaumes stießen auf dem Säcker Münsterplatz Stadtarbeiter auf eine alte Grabanlage. In einer Tiefe von 1,10 Meter lagen zwei menschliche Skelette ohne jeden Sarg im gelben, von Rhein einst angespülten Flußsand. Diese Skelette dürften nach Ansicht von Sachverständigen des Heimatmuseums aus dem frühen Mittelalter stammen.

Das „Frauengrab“ gefährdet

Durch den Bau des Düsenjägerflugplatzes zwischen Hügelsheim und Söllingen bei Rastatt sind jetzt auch die berühmten Hügelsgräber bei Hügelsheim gefährdet. Das bekannteste der Hügelsgräber, das „Frauengrab“ wird wahrscheinlich ganz beseitigt.

Winter im Schwarzwald

Impressionen von Hermine Malerbeuser

Sternennacht

Weiche Fülle weht in der Stille einer winterlichen Sternennacht. Es wäre Vermessenheit, davon zu reden, wenn sie nicht ein Meer des Überflusses wäre, auf dessen Wogen unser kleines Herz zur Ruhe kommt. Schwarzwald wölbt sich das Firmament. Das Sternbild des Orion leuchtet in unsagbarer Schönheit. Alle Sterne glänzen feurig, denn die Rauch- und Nebelschleier der Täler und Städte schweilen zu unseren Füßen. Südöstlich des Orion ist der Nachthimmel unirdisch überhellt. Ein großer Stern schwingt in Gold und Blau. Zitternde Lichtstrahlen schießen von diesem blaugoldenen Stern über das weite Himmelsrund. Sie umsäumen die schwarzbraunen Wäldchen, die am Himmelsrand lagern. Buchen recken die kahlen Äste nach der gestirnten Pracht. Zärtlich, sehnsüchtig zittern die dünnen Zweige empor. Die Tannen aber beugen die schneebedeckten Zweige mit den goldbraunen Samenzapfen erdwärts. Wasser rieselt und gluckst, unter dünner Eisschicht, es eilt vorbei an bereiften Wiesen und moosigen Granitblöcken. Und weit draußen im Tal schlägt eine Turmhöhle. Vier dünne, leise Schläge kommen durch die Nacht, ihnen folgt eine dröhnende, brummende „Eins“. Das Leuchten des großen Sterns hat sich verschwendet, die schwarzbraunen Wäldchen liegen im Nachtdämmer, das Dröhnen der großen Uhr versinkt. Lautlose, tiefe Nachtstille weht unter Sternensprach. Nur die Quelle redet. Am Tage ist sie Spiegel der Schönheit, in dieser mit-

ternächtlichen Stunde Predigerin der Allmacht.

Höhenwanderung

Ein bitterer Laubgeruch mischt sich in den Harzduft der Tannen. Der harzgefrorene Boden klingt unter dem Tritt der angelegten Stiefel. Meisen hängen wie blaue Juwelen an Tannenzweigen, denn in der Nähe der menschlichen Wohnungen sind Brettern mit Speck für sie aufgehängt. Stattliche Fachwerkhäuser blinzeln aus wimperlosen Augen in die sonntägliche Ruhe. Die Kirche beherrscht das Tal über dem die Morgensonne aufgeht. Und der dünne Wasserstrahl des Brunnens plätschert eine Weise; er sagt immer „ja“ zu den Dingen der Welt, ein langgezogenes, wohlklingendes „ja“.

Am Berghang steht ein kleines Schloß aus Kristall. Armdicke Pflanzenstengel gleichen tragenden Säulen, verästelt Moos ist der Schloßsteppich, ein eingefrorenes Johanniskraut die Zinne. Die weiße Wurzel trägt den Eispalast, der grüne Stengel ragt wie eine gewundene Stule mit leichten Ziselierungen mitten im Schloßhof auf. Im nahen Dickicht birgt sich ein Falk, und Buchfinken mit dunkelroten Federlätzchen suchen am Brombeergestrüch nach den Resten eines sommerlichen Überflusses.

Tief im Tal brauen Nebelwolken. Kirchturn und Dorf sind den Blicken entrückt. In einem eisig und eilig stürzenden Wasserfall spiegelt sich tiefblauer Himmel, und nun umrauscht uns dichtestes Tannengebiet. Der Schnee breitet seinen Teppich, weiße, wollige Schleier hängen von den Blüten. Licht und Winterschönheit gürt den schwarzen Wald. Ein überirdisches Glänzen und Gleifen hebt

an, Silberregen prasselt von den Zweigen, unerhörte Pracht weht im Bergwinterwald unter der blauen Himmelslocke. Die Heidelbeerstauden gleichen weißgrünen, wunderbaren Gespinnten, und durch die klare Eisschicht eines Wassergrabens grüßt eine Welt von Moosarten und Binsen. Daneben liegen Legeföhren wie gewundene Schlangen im Schnee.

Und wir sind inmitten dieser Winterzauberwelt vom rechten Weg abgekommen. Ein Steilmeer klappt unter dem Schnee. Große Risse drohen uns zu verschlingen. Sprung um Sprung muß uns retten. Der Schweiß tropft von der Stirn, der Gaumen lechzt, die Lippen sind trocken. „Aber, aber“, scheint da eine alte Tanne zu sagen, „das hast du doch bei mir nicht nötig, Durst zu leiden, hier labe dich!“ Sie bietet auf ihren schönsten Ästen herzförmige Schneeportionen in entzückender Weise dar. Und wir verstehen diese Sprache. Oh! wie gut das schmeckt!

Abstieg

Rotsandstein steht ein Turm mitten in Kreuzwegen. Er gibt uns die Richtung zum Tal. Die Sonnenbahn beginnt sich zu neigen. Wildspuren werden im Schnee sichtbar, der Forst ist von vielen Geräuschen geläutert erfüllt. Große Felsen wirken im steigenden Nebel wie Eiszeltüren. Von ferne sieht man den schwachen Schein erleuchteter Fenster. Aus dem Nachtnebel klingt das Lied der Dorflieder, man sieht sie nicht, ihr Lied gleicht einem Gruß des Lebens, das so reich und so schön sein kann, das uns beschenkt mit diesem Wintertag im Schwarzwald, den die Seele dankerfüllt in den Alltag nimmt als ein Geschenk Gottes.